

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B.: C. Geyer
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 7. Nov. 1930

Die Parteien im österreichischen Wahlkampf

Von Friedrich Austerlitz.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Am nächsten Sonntag, am neunten November, wird die Entscheidung in Österreich fallen. Wie in allen Wahlen, die jetzt in Europa vor sich gehen, handelt es sich auch bei den Wahlen für den österreichischen Nationalrat um die Frage, wie weit sich der Faschismus - der in jedem Lande einen anderen Namen trägt, überall aber die neue Form des bürgerlichen Klassenkampfes gegen das Proletariat ist - in dem Volkskörper eingenistet hat und ob er imstande sein könnte, die politische und parlamentarische Demokratie durch eine Regierungsform zu verdrängen, die auf eine bewusste Diktatur gegen die Arbeiterklasse hinausläuft. Immer mehr verlieren sich die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien, und wonach sie sich noch klassifizieren, ist die Grösse und Stärke ihres Hasses gegen die Partei der Arbeiter. Der Antimarxismus ist Trumpf in Europa und in seinem Zeichen wollen alle siegen. Erst recht in Österreich, wo die bürgerlichen Parteien seit langem schon von dem Staate und von der Art, wie er regiert werden soll, nur die eine Vorstellung haben: die Arbeiter müssen niedergehalten werden.

Während sich bei den letzten Wahlen, bei denen im Jahre 1927, dieser bürgerliche Block auch äusserlich in der einen bürgerlichen Partei, der sogenannten Einheitsliste, darstellte, gehen diesmal die bürgerlichen Parteien getrennt vor; aber darum in der Hassgesinnung gegen die Sozialdemokratie noch inniger gesellt. An der Tête des Krieges gegen die Sozialdemokraten marschieren natürlich die Christlichsozialen, die Partei, die ehemals nur der politischen Reaktion gedient hat, jetzt aber auch die soziale Reaktion verkörpert. Einmal waren die Christlichsozialen die Rebellion gegen den Grosskapitalismus, und Lueger erfocht seine Siege mit dem "kleinen Mann"; nun sind die Christlichsozialen, wenngleich sie noch immer in die Tiefe reichen, doch die eigentliche Partei der Grossindustrie, der Hochfinanz, und ihr Prälat Seipel ist der Politiker, den die grossen Herren aller Arten und Riten am meisten bewundern und am innigsten in ihr Herz geschlossen haben. Eine Konkurrenz ist ihm in Schober entstanden, dem schon dadurch, dass er als Wiener Polizeipräsident der feste Hort aller bürgerlichen Ordnung war und für Bewahrung dieser Ordnung ein Blutvergiessen nicht gescheut hat, das in der Geschichte des neuen und des alten Österreich ohne Beispiel ist, dem schon dadurch die bürgerlichen Sympathien gewiss sind. Seit acht Jahren regieren in Österreich die Christlichsozialen, und was ihnen zur Mehrheit im Nationalrat an Stimmen fehlte, haben ihnen die Grossdeutschen, die eine österreichische Uebersetzung etwa der Staatspartei sind, beigegeben, und nach der christlichsozialen Niederlage bei den vorigen Wahlen (die Christlichsozialen haben im Jahre 1927 zehn Mandate verloren) hat es Seipel getroffen auch die Landbündler (eine Agrarpartei, die sich von den christlichsozialen Bauernbündlern dadurch abhebt, dass sie um einen Gran weniger zelotisch, nicht ganklerikal ist) vor seinen Karren zu spannen und so das

Regieren gegen die Sozialdemokratie fortzuführen. Die Christlichsozialen meinten nun, Schober stürzen, den bürgerlichen Block aber erhalten zu können; die schnöde Art jedoch, mit der sie sich des Schober entledigt hatten, die hat das Selbstbewusstsein der verbündeten Grossdeutschen und Landbändler doch zu stark herausgefordert und so brach mit Schobers Sturz auch die bürgerliche Koalition zusammen. Nun ziehen Grossdeutsche und Landbändler unter Schobers Fahne gesammelt in den Wahlkampf, und die künftige Entwicklung im Nationalrat hängt nicht zum wenigsten davon ab, ob und welche Erfolge dem Schoberblock (offizieller Name: Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund) beschieden sein werden. Kein Zweifel, dass Schober für bestimmte Wählerschichten sozusagen die Verkörperung bürgerlicher Ehrbarkeit ist - für jenes Bürgertum, das allen Ueberschwang hasst und an die reine Vernunft der Mässigung in der Politik glaubt, stellt der in jeder Beziehung mässige Schober offensichtlich eine Anziehungskraft dar. Wie gross diese Kraft der Anziehung sein wird, ist, da es sich in der österreichischen Politik um etwas Neues handelt - nämlich darum, ob ein bestimmter Mensch die Politik überhaupt zu bewegen vermag - nicht abzusehen. Aber wenn der Schoberblock für die Christlichsozialen vielleicht noch keine Gefahr ist, eine Bedrohung ihrer Alleinherrschaft in der bürgerlichen Welt ist er jedenfalls.

Die zweite Unbekannte dieser Wahlen ist die Heimwehr. Die Heimwehr hatte für die Neuwahlen eine Wahlreform verlangt, eine, die ihnen die politische Selbständigkeit ermöglicht hätte, ohne dass deshalb ihre Stimmen irgendwie verloren gehen können - was sie mit der sogenannten Koppelung (selbständiges Kandidieren, aber Zusammenrechnen der erlangten Stimmen) zu erreichen hofften. Das hat ihnen der Herr Prälat zunichte gemacht. Bewusst wurde von den Christlichsozialen die Wahlreform hintertrieben: der geheime Plan war, den Heimwehren das selbständige Kandidieren unmöglich zu machen, weil sie sonst den Vorwurf zu gewärtigen hätten, dass sie die Stimmen zersplittern und so den Sozialdemokraten helfen, sie also zu zwingen, in den christlichsozialen Pferch wieder zu kriechen. Der allzu schlaue Plan ist nicht geglückt; ausgenommen in Wien und Niederösterreich, wo die Heimwehren mit den Christlichsozialen zusammen kandidieren, treten die Heimwehren in ganz Österreich selbständig auf, unter dem Sammelnamen: Heimatblock; haben auch in Wien und Niederösterreich eigene Listen, führen ihren Kampf "gegen die Parteien" also auch gegen die Christlichsoziale Partei. Wie dieser Heimatblock abschneidet, ist vor allem entscheidend für die zwei Heimwehrminister, die Herr Vaugoin in seine Regierung aufgenommen hat, die aber keineswegs dem christlichsozialen Heimwehrflügel angehören, vielmehr waschechte Hitlerianer sind. So gross wird der Wahlerfolg des Heimatblocks sicher nicht sein, dass die zwei Herren den Wahltag überdauern könnten, obwohl sie sehr anmassend verkündet haben, dass sie das Steuer, das sie einmal ergriffen haben, nicht mehr aus der Hand geben werden. Auch der Spuk dieser österreichischen Ableger der Frick und Göbbels wird nach dem Wahltag in alle Winde zerstreuen.

Natürlich gibt es auch bei den österreichischen Wahlen das unvermeidliche Kandidieren der Splitterparteien, aber eine Bedeutung kommt keiner dieser Parteien zu. Ganz bestimmt nicht den Kommunisten, die vor drei Jahren, von den 3,6 Millionen abgegebenen, wohlgezählte 16.119 Stimmen erhalten haben, deren Stimmen auch diesmal vertan sein werden: weil sie in ganz Österreich nicht so viel Stimmen aufbringen, als in einem Wahlkreise notwendig wäre, um ein Mandat zu erhalten. Wohl auch den Nationalsozialisten nicht, obwohl sie sich einbilden, von der Aureole des deutschen Hitlersieges umstrahlt zu sein und die österreichische Welt mit reichsdeutschen Hakenkreuzlern erschüttern zu können; aber auch das wird eine Illusion bleiben. Gegenüber all diesen Parteien, den grossen wie den kleinen, die nichts erfüllt als der unmoralische Wunsch, die Sozialdemokratische Partei der Arbeiter kleinzumachen, gegenüber allen Antimarxisten steht einig und geschlossen die Sozialdemokratie, steht fest gegen sie und wird sich gegen ihren gesammelten Ansturm auch behaupten.

Das österreichische Wahlsystem beruht nicht auf der Einrichtung, dass eine bestimmte Stimmenzahl zu einem Mandat führt. Vielmehr steht die Zahl der zu wäh-

lenden Abgeordneten vorweg fest: der Nationalrat setzt sich aus 165 Abgeordneten zusammen, die in 25 Wahlkreisen gewählt werden. Die Reststimmen gelangen in vier Wahlkreisverbänden zur Verteilung (eine Reichsliste gibt es nicht); die Voraussetzung für die Erlangung von Mandaten aus Reststimmen ist aber, dass die Partei ein Grundmandat, mindestens ein Mandat im Wahlkreis, erlangt womit die Chancen der Splitterparteien schon vorwegs sehr begrenzt sind. Im Durchschnitt fällt ein Mandat auf etwa 22 000 Stimmen; für kleinere Parteien ist das Verhältnis etwas ungünstiger. Und wie waren die Parteiverhältnisse in dem aufgelösten Nationalrat? Von den 165 Mandaten besaßen die Sozialdemokraten 71, die Christlichsozialen 73, die Grossdeutschen 12, die Landbündler 9 Mandate, und wenn das zum Schluss auch eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit ergab, so waren die Christlichsozialen, die so viele Macht im Parlament und im Staate usurpieren, nur um zwei Mandate stärker als unsere Partei - die die Antimarkxisten zur ständigen Ohnmacht verurteilen möchten! Die Sozialdemokraten haben Mandate in allen neun Bundesländern. Am stärksten ist sie natürlich in Wien, wo sie von den 45 Mandaten, die die Stadt vergibt, nicht weniger als 29 Mandate besetzt haben. Dann folgt Niederösterreich mit 14, Steiermark mit 9, Oberösterreich mit 6, Kärnten mit 4, Salzburg mit 2, Tirol mit 2, Burgenland mit 4, Vorarlberg mit 1 Mandat. Es sind 71 Sozialdemokraten unter 165, und wenn die Partei in diesen Wahlen ihren grossen Besitzstand behauptet, so wird das nach den drei Jahren wahnsinnigster Hetze gegen sie ein ganz grosser Wahlerfolg sein. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass in dem neuen Nationalrat das Verhältnis noch günstiger wird. Die österreichischen Sozialdemokraten haben der Internationale oft gezeigt, dass sie zu kämpfen verstehen, hoffen wir, dass sie ihr, da sich Bangigkeit über ganz Europa breitet, auch dartun werden, dass sie zu siegen wissen.

SPD. Wie wir erfahren, ist der Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft Professor Quidde aus der Deutschen Friedens-Gesellschaft ausgetreten. Der Austritt hängt damit zusammen, dass er von dem jetzigen Geschäftsführer Küster-Hagen der bewussten Unwahrheit bezichtigt wurde. Obwohl Professor Quidde den Nachweis führen konnte, dass dieser Anwurf nicht stimmte, hat ihn Küster nicht zurückgenommen. Quidde war Mitbegründer der Deutschen Friedens-Gesellschaft.

SPD. Braunschweig, 7. November (Eig. Dr.)

Die Sozialdemokratische Fraktion des Braunschweigischen Landtags hat am 18. Oktober einen Antrag eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

"Der Landtag wolle beschliessen, das Staatsministerium zu ersuchen, baldigst eine Vorlage zu machen, nach der den Hilfsbedürftigen eine Winterbeihilfe gezahlt wird."

Die braunschweigische sozialdemokratische Regierung hat auch in den letzten drei Jahren ihrer Amtstätigkeit in jedem Jahre eine Winterbeihilfe, insgesamt 1 100 000 Mark, gezahlt. Am Freitag wurde im Haushaltsausschuss des Landtags der Antrag behandelt. Der deutschnationale Finanzminister war nicht erschienen, weil er erkältet war. Der zuständige Innenminister Franzen war weder selbst noch sein zuständiger Sachbearbeiter vertreten. Der Vertreter des Finanzministers erklärte, dass das Staatsministerium zwar volles Verständnis für die Notlage der Hilfsbedürftigen habe, dass aber die Bereitstellung besonderer Mittel für eine Winterbeihilfe bei der Finanzlage des Staates und dem Stande des Haushalts nicht in Frage kommen könne. Der sozialdemokratische Antrag wurde trotzdem mit den Stimmen der Nationalsozialisten angenommen. Die Regierung muss also, obgleich sie erklärt, keine Mittel zu haben, eine derartige Vorlage machen.

Das ist bereits das zweite Mal, dass die nationalsozialistische Fraktion aus agitatorischen Gründen anders stimmt als ihr nationalsozialistischer Minister es will. Auch bei der Bürgersteuer haben die Nazis die Vorlage des Nazi-Ministers vorläufig noch abgelehnt.

SPD. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats traten heute in die Beratung des Gesetzentwurfs über Ausgabenbegrenzung in den Haushalten des Reichs, der Länder und Gemeinden ein. Nach diesem Gesetz darf die Summe der Ausgabenansätze der Reichshaushaltspläne für die Rechnungsjahre 1932 und 1933 in jedem dieser Jahre die Summe nicht überschreiten, die im Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 für Ausgaben eingestellt worden ist. Dies gilt entsprechend für die Haushaltspläne der Länder und Gemeinden. Erhöhen sich in den Rechnungsjahren 1932 und 1933 die Einnahmen im Reiche oder in einem Lande gegenüber den im Haushalt des Jahres 1931 eingestellten Beträgen, so sind die aufkommenden Mehrbeträge zur Steuersenkung zu verwenden, soweit sie nicht nach gesetzlicher Vorschrift zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung zu verwenden sind.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde das Ausgabenbegrenzungsgesetz in erster Lesung erledigt. Die verschiedenen Wünsche und Bedenken, die im Verlauf der Aussprache zum Ausdruck kamen, werden bei der zweiten Lesung weiter erörtert werden. Es handelt sich dabei besonders um die Gemeinden. Man hat heute bereits versucht, Formulierungen dafür zu finden, die den Schwierigkeiten die gegenüber einer Festlegung der Gemeindeetats für mehrere Jahre bestehen, Rechnung tragen sollen, ohne Ziel und Zweck des Gesetzes zu beeinträchtigen.

Die Ausschüsse erledigten ferner die Novelle zum Einkommensteuergesetz. Es handelt sich um die Weitererhebung der Ledigensteuer, des fünfprozentigen Zuschlags zur veranlagten Einkommensteuer und der Aufsichtsratssteuer, die auf 5% des Gesamteinkommens festgesetzt wird. Die Meldungen, dass Beamte, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, also mehr als 8000 Mark Jahreseinkommen haben, wegen der Gehaltskürzung künftig von dem fünfprozentigen Einkommensteuerzuschlag befreit sein sollen, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz, die im wesentlichen unverändert angenommen wurde, wurde von den Ausschüssen auch sogleich in zweiter Lesung erledigt.

SPD. Rykov, der Vorsitzende des "Rates der Volkskommissare der Sowjetunion", ist vom Rat der Volkskommissare auf einen Monat wegen angeblich "angegriffener Gesundheit" beurlaubt worden. Er wird bei der 13. Jahresfeier der bolschewistischen Revolution nicht mehr repräsentieren, und wird sein Amt nicht wieder antreten.

SPD. Der christliche Landarbeiterverband hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, die sich gegen die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wendet und ausserdem verlangt, dass in den östlichen Grenzgebieten die polizeiliche Aufsicht gegen die Einschmuggelung von polnischen Arbeitern verschärft wird. Die Eingabe zählt eine Anzahl Fälle auf, in denen von Gutsbesitzern deutsche Landarbeiter entlassen und dafür polnische Arbeiter eingestellt worden sind:

"Die fürstliche Gutsverwaltung Baumgarten in Mecklenburg hat am 15. Februar 1930 16 deutsche Arbeitskräfte mit der Begründung entlassen, dass ihr genügend polnische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Der Gutsbesitzer Linke in Pobzig in Anhalt klagte gegen einen Arbeiter,

der bei ihm ein Menschenalter beschäftigt war, auf Räumung der Wohnung. In dem Klageantrag kommt folgender Satz vor: "Ich brauche die Wohnung für die am 15. April 1930 eintreffenden ausländischen Arbeiter."

Die Gutsverwaltung Alt-Mellenthin im Kreise Soldin entliess am 12. April 14 deutsche Arbeiter "wegen Arbeitsmangel"; wenige Tage vorher hatte das Gut 44 polnische Wanderarbeiter bekommen.

Die Domänenverwaltung Hof-Damm im Kreise Greifenhagen entliess einen deutschen Landarbeiter infolge von Baulandabtretungen, obwohl auf der Domäne 16 Tschechen beschäftigt werden.

In Bernburg-Anhalt wurde ein deutscher Landarbeiter wegen Arbeitsmangels am 15. Januar entlassen. Gleichzeitig forderte der Gutsbesitzer für das Jahr 1930 50 Polen an.

Am 16. September wurden vom Rittergutsbesitzer von der Osten, Schloss Penkun in Pommern, 7 deutsche Arbeiter wegen Mangels an Arbeit entlassen. Gleichzeitig wurden 28 ausländische Wanderarbeiter beschäftigt; genehmigt waren nur 25.

Die Gutsbesitzerin Hela von Zietzen in Radewitz in Pommern entliess am 8. September 5 deutsche Arbeitskräfte wegen Arbeitsmangels und beschäftigte zur selben Zeit 17 ausländische Wanderarbeiter."

Diese Angaben können nochergänzt werden durch die Feststellungen, die am 6. Oktober eine Kommission des ostpreussischen Landesarbeitsamts im Kreise Osterode gemacht hat. Dem Gut Stephenswalde waren 18 Ausländer genehmigt, abgenommen wurde keiner, dagegen sind dort 100 ausländische Arbeiter illegal angenommen und beschäftigt worden. Dem Herrn General Hell, Landesverbandsvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei, auf Gross-Grieben, waren 30 ausländische Arbeiter bewilligt worden. Der Herr General hatte aber nicht diese Arbeiter beschäftigt, sondern etwa 90 polnische Wanderarbeiter, die ihm illegal zugeführt worden waren. Als die Kommission auf dem Gut ankam, wurde ihr mitgeteilt, dass die Frau General mit den Polen im Walde ausgeschwärmt war.

Ganz entsetzt spricht die Eingabe des christlichen Landarbeiterverbandes von "einem beschämenden Mangel an nationalem Sinn." Das Schriftstück ist unterzeichnet von Franz Behrens, der bis zum 14. September Reichstagsabgeordneter war, lange Zeit der Deutschnationalen Fraktion angehört und sich erst nach dem Krach mit Hugenberg den Christlich-Sozialen angeschlossen hat. Wenn schon Herr Behrens, der doch seine "nationalen" Freunde kennen dürfte, solche Feststellungen machen muss, wie muss es dann in diesen Kreisen aussehen!

Leider fehlt aber in der Liste des Herrn Behrens der Fall des Fideikommissbesitzer Walter von Corswand, der als Spitzenkandidat der Nationalsozialisten in Pommern Mitglied der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion geworden ist. Dieser "nationale" Mann hat zugeben müssen, dass er zahlreiche "fremdstämmige" Arbeiter beschäftigt, weil sie billiger arbeiten als die deutschen. Zwar steht in dem nationalsozialistischen Programm, dass die Angehörigen fremder Nationen aus dem Reiche auszuweisen und jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher zu verhindern sei. Der nationalsozialistische Grossgrundbesitzer und Reichstagsabgeordnete von Corswand hat aber offenbar nur deshalb die billigeren ausländischen Arbeiter beschäftigt, weil er, wie er im März dieses Jahres im pommerischen Provinziallandtag erklärt hat, für seine Person jährlich 40 000 Mark verbraucht.

SPD. Halle, 7. November (Eig. Draht.)

Vor dem Schöffengericht Delitzsch wurde der kommunistische Gemeindevertreter Bär wegen Beleidigung des Landrats zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Kommunist hatte in öffentlicher Gemeindevertreterversammlung, als über die Beschaffung von Bauland verhandelt wurde, die Behauptung aufgestellt, der Landrat würde die Baulustigen bei der Beschaffung von Bauland ebenso betrügen, wie er sie bei einer vermögensrechtlichen Auseinandersetzung betrogen habe.

Als der Gemeindevorsteher gegen diese Beschimpfung Einspruch erhob, erklärte der Gemeindevertreter, er werde beweisen, dass der Landrat der grösste Betrüger sei. In der Verhandlung wurde festgestellt, dass der Landrat überhaupt keinen Vertrag mit Nachlasspflegern abgeschlossen habe - und trotzdem diese lächerlich niedrige Geldstrafe, die nur verstanden werden kann wenn man erfährt, dass Delitzsch zum Gerichtsbezirk Naumburg gehört!

SPD. Halle, 7. November (Eig. Drahtb.)

Am Sonntag wurden in Halle 61 SA-Führer, die in einem Lokal mitten in der Stadt Exerzitionen abhielten, von der Polizei verhaftet. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben, befindet sich unter den 61 verhafteten SA-Führern nicht ein einziger Arbeiter. Es sind lediglich ehemalige Offiziere, Landwirte, Wirtschaftsinspektoren, Kaufleute, ferner der Sohn eines grossen Warenhausbesitzers aus dem Kreise Wittenberg. Das bemerkenswerteste ist, dass die grosse Aktion unter der Führung eines Studienrats eines halleschen Gymnasiums, namens Mund, stand.

SPD. Prag, 7. November (Eig. Drahtb.)

Die Vertreter des tschechischen Eisenkartells haben im Handelsministerium in Prag vorgesprochen, wo sie erklärten, die vom Ernährungsministerium beantragte Eisenpreiserössigung nicht vornehmen zu können. Gleichzeitig deuteten sie an, dass so eine Preissenkung Arbeiterentlassungen zur Folge hätte. Die Regierung wird geeignete Massnahmen treffen, um das Eisenkartell zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

SPD. Frankfurt/M., 7. Nov. (Eig. Drahtb.)

Professor Bergstrasse ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten und der Sozialdemokratischen Partei beigetreten. Professor Bergstrasse gehörte dem Reichstag von 1924 bis 1928 an und arbeitete im Untersuchungsausschuss über die Ursachen des Zusammenbruchs und im Femeausschuss. Wie sehr Professor Bergstrasse seit Jahren von der Sozialdemokratischen Partei geschätzt wird, ersieht man aus der Tatsache, dass die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf einen ihrer Sitze im vierten Unterausschuss des Kriegsuntersuchungsausschusses verzichtete, um die fachmännische Mitgliedschaft des Professors Bergstrasse zu ermöglichen.

SPD. Paris, 7. November (Eig. Drahtb.)

Die grosse ausserpolitische Debatte in der Kammer, in der die patriotischen Schreier die Versöhnungspolitik Briands angeblich vernichten wollten, ist kläglich im Sande verlaufen. Die beiden Haupthelden der Reaktion, Franklin Bouillon und Scapini, die die erschütterndsten Enthüllungen angekündigt hatten, haben jedenfalls glänzend enttäuscht. Was sie vorzubringen wussten war nichts anderes als die "Enthüllung", dass Deutschland einstimmig die Revision der unerträglich gewordenen Bestimmungen der Verträge anstrebe. Dazu hätte es ihrer sicherlich nicht bedurft, denn der Reichskanzler hat dasselbe erst noch vor einigen Tagen in seinem Interview im "Petit Parisien" erklärt. Wenn Scapini dazu noch behaupten zu können glaubte, dass die Sozialisten mit ihrer Antikriegskampagne Frankreich in einen neuen Krieg hineinhetzten, so ist damit das Niveau übelster Demagogie gekennzeichnet, auf das die Debatte hinabgesunken ist. Franklin-Bouillon bewies seinerseits den Hochstand seiner diplomatischen Kenntnisse mit der erheiternden Versicherung, dass im Falle eines neuen

deutsch-französischen Krieges Italien wieder auf die Seite Frankreichs treten werde, eine Behauptung, die wohl nicht recht mit den letzten Reden und der Politik Mussolinis übereinstimmen will. "Um die Linke zu ärgern" - wie Scapini vor wenigen Tagen gesagt hatte - vermieden es übrigens beide Patrioten, den Namen Briands auch nur ein einziges Mal in den Mund zu nehmen. Ihre Reden waren mehr eine Interpellation an die Adresse der Reichsregierung als an die der Regierung Tardieu.

"Bedauerlich bei dieser ganzen Debatte ist nur, schreibt der sozialistische "Populaire", dass die gehässigen Ausfälle gegen Deutschland den Beifall eines bedeutenden Teiles der Kammer gefunden haben. Damit sind sie nicht mehr leeres Geschwätz, sondern sie wurden zu einer wirklichen Drohung gegen den Frieden." Umso befremdlicher aber muss es sein, dass auch ein Mitglied aus den Reihen der sozialistischen Parlamentsfraktion, der Abg. Paul Boncour, der Rede Franklin-Bouillons ostentativ Beifall klatschte. Er erregte damit derart unliebsames Aufsehen, dass sich der Parteiführer Léon Blum sich genötigt sah, ihn zur Ordnung zu rufen.

SPD. Paris, 7. November (Eig. Drahtb.)

Nach einer Meldung der Agentur Indopacific ist es auf den südlich von Saigon gelegenen Inseln Ponto Condor nach vorangegangenen schweren Taifun zu einer furchtbaren Panik unter den Strafgefangenen gekommen, in deren Verlauf ein Zuchthauswärter, sowie fast die ganze Belegschaft einer Strafgefängnisbaracke den Tod gefunden haben. Der Sturm soll mit einer solchen Furchtbarkeit über die Insel gegangen sein, dass von den menschlichen Behausungen nur noch Ruinen übrig geblieben seien. Das elektrische Kraftwerk sei vollständig zerstört, die Lebensmittelvorräte bis auf den letzten Rest vernichtet. Die Bootflottille der Insel sei im Meer verschwunden und die telephonische Verbindung mit dem Festland unterbrochen.

SPD. Paris, 7. November (Eig. Drahtb.)

Die Entdeckung des geheimen kommunistischen Zentrums in Sartrouville scheint nunmehr eine neue schwere politische Kampagne der französischen Presse gegen Sowjetrussland im Gefolge zu haben. Der "Paris Midi" teilt am Freitag mit, dass die in den Geheimkammern von Sartrouville gefundenen Dokumente nachweisbar aus Paris, Berlin und Moskau stammen, was auf eine intime Zusammenarbeit dieser Stellen schliessen lasse. Die mit der Aufklärung des Falles von Sartrouville beauftragten Polizei-Funktionäre sollen dem Ministerpräsidenten persönlich über den Gang der Untersuchung Bericht erstattet haben.

Als sichere Folge der Ereignisse in Sartrouville steht, wie der Direktor der politischen Polizei des Innenministeriums, Roquere, am Freitag im "Intransigeant" mitteilt, jedenfalls schon fest, dass die Kontrolle der Grenzen in Zukunft auf das Höchstmass verschärft werden soll, um die Einwanderung zweifelhafter Subjekte abzuschneiden. Der Uebertritt über die Grenze soll überhaupt nur zwei Kategorien von Reisegästen gestattet werden, und zwar einwandfreien Touristen und Arbeitern, die Arbeitskontrakte vorzuweisen haben. Leute, die auf gut Glück nach Frankreich kommen, um hier Arbeit zu suchen, sollen keine Möglichkeit mehr haben, über die Grenze zu kommen. Ausser diesen Massnahmen soll aber noch eine "Reinigung" in Frankreich selbst vorgenommen werden. Zu diesem Zweck sind sämtliche Staatsanwälte Frankreichs angewiesen worden, alle Ausländer namentlich festzuhalten, die von französischen Gerichten abgeurteilt werden. Auf Grund dieser Statistiken behält sich das politische Büro des Innenministeriums vor, Ausweisungen oder sonstige Anordnungen zu treffen.

SPD. Genf, 7. November (Eig. Drahtb.)

Die vorbereitende Abrüstungskommission zeigte am Freitag wieder das typische Bild eines Streites zwischen See- und Landmächten um die Erhaltung eines Rüstungsvorteils. Man begann nämlich sofort mit der Beratung der zweiten Lesung des Konventionsentwurfes, bei dessen Artikel H. vor eineinhalb Jahren eine Einigung darüber zustande gekommen war, dass für Land- und Luftstreitkräfte die Verzeichnisse und Methoden des Entwurfes zur Begrenzung der Gesamtzahl von Offizieren und Unteroffizieren angewandt werden sollte. Dagegen hatte man damals die Aussprache über die Marine vertagt. Nun begründete Lord Cecil plötzlich einen Antrag, die Gesamtzahl der Offiziere und Unteroffiziere nicht zu begrenzen, da im Schiffsdienst viele Techniker und andere Fachleute zu Offizieren und Unteroffizieren gemacht werden mussten. Dem hielt Massigli-Frankreich entgegen, dass dadurch die Begrenzung der Landstreitkräfte ebenfalls illusorisch gemacht werden könne, da man in Bedarfsfälle die Offiziere der Marine zur Aufstellung neuer Landformationen verwenden könne. Der Japaner Sato macht den Kompromissvorschlag, die Seeoffiziere einfach offiziell zu registrieren, wodurch eine Kontrolle über ihre Verwendung möglich und ihre beliebige Vermehrung ausgeschlossen sei. Nach langer Debatte, in der sich Gibson-Amerika und Marilis-Italien für Cecil's Vorschlag, Deutschland, Holland, Russland und die Türkei sich dagegen aussprachen, wurde die Frage an eine Unterkommission aus Vertretern der verschiedenen Anschauungen verwiesen. Bei der Beratung der Begriffsbestimmungen von Effektivstärken und militärisch organisierten Formationen brachte Graf Bernstorff durch Verlesung des vor eineinhalb Jahren zurückgestellten Antrages auf Einbeziehung der ausgebildeten Reserven wiederum die Sprache auf diesen heiklen Punkt. Ob die Kommission auf diese letzte Möglichkeit zu einem wirksamen Abrüstungsvorschlag eingehen wird ist noch unbestimmt, da die Sitzung unmittelbar nach der Verlesung des Bernstorff'schen Antrages geschlossen wurde.

SPD. Paris, 7. November (Eig. Drahtb.)

In drei Reiseautomobilen ist von Paris eine Sahara-Expedition unter der Leitung des Marschalls Lyauley nach Afrika aufgebrochen. Die Expedition, die aufs modernste mit wissenschaftlichem Material ausgerüstet ist, hat die Aufgabe, in Afrika historische Studien anzustellen und vorgefundene zoologisches, botanisches und mineralisches Material nach Frankreich zu bringen. Zu gleicher Zeit sollen Erzmessungen und wissenschaftliche Terrain-Untersuchungen vorgenommen werden.

SPD. München, 7. November (Eig. Drahtb.)

Der Hitlerputschist Ernst Röhm, der Führer der hochverräterischen Organisation Reichskriegsflagge im Jahre 1923, ist aus dem bolivianischen Heeresdienst wieder ausgeschieden und unerwartet schnell nach München zurückgekehrt, wo er am Bahnhof von Hitler und seinem Stab feierlich empfangen wurde. Seinen Landsknechtsdienst in Bolivien hatte er als ehemaliger aktiver Generalstäbler um die Jahreswende 1928/29 angetreten, nachdem seinem militärischen Ehrgeiz in der deutschen Republik keine Erfolge mehr winkten und sein Reichstagsmandat nach einem halben Jahre wieder verloren gegangen war. Nach dem Naziauftrieb vom 14. September schöpfte Röhm offenbar Hoffnung, auch in Deutschland wie der zu Ehren zu kommen und folgte kurz entschlossen dem Rufe Hitlers. Es ist anzunehmen, dass er neben den Fememördern Heines, Schulz und Klapproth seiner Partei eine einträgliche Stellung in der Bürgerkriegsarmee erhalten wird.

SPD. Dresden, 7. November (Eig. Drahtb.)

Am Freitag nachmittag fand im sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eine neue Besprechung über die Verkürzung der Arbeitszeit zwecks Einstellung von Arbeitslosen statt, an der wiederum die Spitzenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter dem Vorsitz des Ministers Richter beteiligt waren. Die Arbeitgeber gaben eine lange Erklärung ab, die sich im wesentlichen hinter die bekannte Stellungnahme der Arbeitgeberverbände, die in den letzten Tagen bekannt geworden ist, verschanzt, und sich gegen jede Subventionspolitik wendet. Im übrigen erklärten aber die Arbeitgeber, sie wollten die Betriebe, die Arbeitszeitverkürzungen durchführen wollten, nicht daran hindern. Der Minister erklärte, dass sich das Ministerium nicht behindert sehe, nunmehr die Gewerbeaufsichtsämter, die Kreishauptmannschaften und die Gemeinderäte anzuweisen, in geeigneten Fällen mit den Betrieben über die Verkürzung der Arbeitszeit zu verhandeln. Ausserdem werde versucht werden, den Betrieben, die sich einer solchen Massnahme geneigt zeigen, sie aber wegen der Erhöhung der Produktionskosten nicht durchführen könnten, die Umstellung dadurch zu erleichtern, dass die sicher entstehenden Mehrkosten, besonders die Erhöhung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, aus gemeindlichen Mitteln zur Unterstützung von Wohlfahrts-erwerbslosen zu übernehmen. Die sächsischen Gemeinden haben sich hierzu durch ihre Vertreter bereit erklärt. Von den Gewerkschaften wurde dazu ausgeführt, sie vermöchten die vorgetragenen Gründe der Arbeitgeber nicht anzuerkennen und bedauerten daher deren Stellungnahme. Sie stimmten der geplanten Massnahme der Regierung nicht nur zu, sondern würden sie auch tatkräftig unterstützen.

SPD. Genf, 7. November (Eig. Drahtb.)

Während beim Wahlkampf im Kanton Genf die Vertreter der bürgerlichen Parteien empfindlich mit Geschäften in russischen Aufträgen blossgestellt wurden, bestätigt sich jetzt, dass trotz der abgebrochenen Beziehungen und des Patriotengeschreis gegen die "Sowjet-Banditen" noch weit gefährlichere Geschäfte mit Russland gemacht werden. Eine Waffenfabrik in Soleure stellt augenblicklich 5.000 Maschinengewehre für die Sowjets her, während ein Genfer Maschinenwerk Eisenbahnaufträge unter Kontrolle russischer Ingenieure ausführt.

SPD. Halle, 7. November (Eig. Drahtb.)

Die Hallesche RGO versuchte am Donnerstag, entsprechend den neuen Befehlen aus Moskau, in Halle einen Roten Metallarbeiterverband zu gründen. Die Absicht schlug fehl, weil sich ausser einigen Erwerbslosen keine Metallarbeiter eingefunden hatten. Wie einflusslos die RGO auch im Bezirk geworden ist, beweist die Tatsache, dass zu einer vor kurzem von der KPD mit grossem Tamtam angekündigten grossen Mitteldeutschen Bergarbeiterkonferenz ausser dem Referenten nur drei Mann erschienen waren.

SPD. Eisleben, 7. November (Eig. Drahtb.)

In dem im Mansfelder Seekreis gelegenen Städtchen Schraplau fand dieser Tage die Neuwahl des Bürgermeisters statt. Sozialdemokraten und Kommunisten haben in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit. Vor Beginn des Wahlaktes verliessen die Kommunisten die Sitzung, wodurch die Bürgerlichen die Mehrheit erhielten und einen ausgesprochenen Deutschnationalen zum Bürgermeister wählten.

SPD. Halle, 7. November (Eig. Drahtb.)

Die Städtischen Werke AG in Halle hatten die Absicht, wegen des Rückgangs des Verkehrs rund 100 Strassenbahner zu entlassen. Durch Verhandlungen des Gesamtverbandes und des Betriebsrates ist es gelungen, die Werke zu veranlassen, die geplante Massnahme bis auf weiteres nicht durchzuführen. Die Direktion der Strassenbahn hat sich damit einverstanden erklärt in der Hoffnung, dass sich bis Mitte Januar die Verkehrsverhältnisse bessern und dann die geplanten Entlassungen nicht nötig sein werden. Um Entlassungen zu vermeiden ist bereits vor kurzem die Arbeitszeit von neun auf acht Stunden verkürzt worden.

SPD. Paris, 7. November (Eig. Drahtb.)

Nachdem der Abg. Scapini in der aussenpolitischen Debatte in der Kammer seine Rede mit dem Rufe nach der zweijährigen Dienstzeit und der Wiederherstellung der alliierten Bündnisse geschlossen hatte, ergriff der elsässische Demokrat Pezet das Wort. Er sprach sich zwar gegen jede Revision aus, mit der Begründung, dass eine Berufung auf Artikel 19 des Völkerbündspaktes, dessen Anwendung die Einstimmigkeit erheische, nur zu neuem Streit und neuer Verwirrung führen könne, verlangte dann aber doch die Fortsetzung der Politik der Versöhnung "nach einem reiflich überlegten und genau in seinen einzelnen Punkten festgelegten Plan". Frankreich könne dabei Deutschland von dem Alpdruck der Einkreisung, Deutschland Frankreich von der Sorge um seine Sicherheit befreien. Bisher sei Frankreich für sein Entgegenkommen gegenüber Deutschland schlecht belohnt worden, aber die nationalistisch-faschistische Welle in Deutschland sei so gefährlich, dass man dagegen etwas tun müsse. Es sei kein Grund zur Entmutigung vorhanden, man müsse stark und wachsam sein. Aber man müsse doch jede Gelegenheit zur Annäherung benutzen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Nachdem auch noch der Abg. Delsol von der Marin-Gruppe die Versammlung mit seiner Beredsamkeit ermüdet hatte, wurde die Fortsetzung der aussenpolitischen Debatte auf den nächsten Mittwoch vertagt.

Aufgrund einer zwischen der sozialistischen Fraktion und der Regierung getroffenen Vereinbarung wurde die Diskussion der Interpellationen über den Börsenskandal Oustric auf den nächsten Freitag festgesetzt. Sowohl die Interpellanten wie auch der Finanzminister Reynaud, der eine grundsätzliche Erklärung abgeben wollte, verzichteten verabredungsgemäss aufs Wort.

SPD. Rom, 7. November (Eig. Drahtb.)

Unter der Anklage eines Anschlages gegen den faschistischen Staat wurden 20 Menschen verhaftet, die als Umstürzler bezeichnet werden. Eine ganz kurze Meldung gibt das bekannt. Es heisst darin folgendermassen: In den Tagen vor der Feier des Marsches auf Rom wurden in verschiedenen Ortschaften Oberitaliens 20 Personen verhaftet, die im Zusammenhang mit den antifaschistischen Elementen in Paris verbrecherische Handlungen gegen das faschistische Regime vorbereiteten. Sie wurden wegen ihrer hochverräterischen Umtriebe verhaftet und dem Tribunal zur Verteidigung des Staates übergeben. Weitere Untersuchungen sind im Gange.

SPD. Rom, 7. November (Eig. Drahtb.)

Ein neuer Erdbebenstoss setzte letzte Nacht Teile der Provinz Apulien in Panik. Die Häuser der Stadt Spinazzola wurden stark beschädigt. Menschenleben sind diesmal nicht zu beklagen.

SPD. London, 7. November (Eig. Drahtb.)

Mit 294 gegen 227 Stimmen genehmigte das Unterhaus die Schulvorlage der Arbeiterregierung in der zweiten Lesung. Die eigentliche Entscheidung über das Gesetz fällt jedoch in der kommenden Dienstag-Sitzung, in der die finanzielle Seite der Vorlage zur Diskussion und Abstimmung steht. Von den Liberalen stimmten diesmal 33 Abgeordnete, darunter Sir John Simon und Sir Robert Hutchinson für die Regierung, 21 liberale Abgeordnete gaben weisse Zettel ab und drei schlugen sich auf die Seite der Konservativen. Lloyd George war nicht anwesend. Das Gesetz wurde dem zuständigen Ausschuss überwiesen.

SPD. Kairo, 7. November (Eig. Drahtb.)

Sowohl die ägyptischen Liberalen wie die Wafd-Partei haben beschlossen, die Wahlen zu dem von der Diktatur oktroyierten Scheinparlament zu boykottieren

SPD. Stuttgart, 7. November (Eig. Drahtb.)

Die Stuttgarter Polizeibeamten hielten in den letzten Tagen Versammlungen ab, in denen sie sich mit beruflichen Fragen befassten. Dabei unterstrich der Kommandeur der Schutzpolizei Polizeioberst Reich bei der Erörterung der Stellung der Polizeibeamten zum heutigen Volksstaat die Ausführungen, die der württembergische Staatspräsident Bolz in einer Ansprache an die Polizeibeamten gerichtet hat. Darin hatte er ausgesprochen, dass er es in keiner Weise zulassen werde, dass innerhalb der Polizeibeamten für radikale Parteien Propaganda gemacht werde, und dass er hoffe, dass der Staat sich auf seine Polizeibeamten in jeder Beziehung verlassen kann. Diese Worte wurden mit starkem Beifall aufgenommen und am Schlusse der Versammlung einer Etschliessung zugestimmt, in der es heisst: "Die württembergische Polizeibeamtenschaft steht aus innerer Ueberzeugung zur deutschen Republik und ihrer Verfassung. Sie wird von dieser Ueberzeugung sich durch keinerlei Machenschaften, von welcher Seite sie auch kommen mögen, abbringen lassen und getreu ihrem geleisteten Eid selbst unter Einsatz ihres Lebens den Bestand der deutschen Republik und ihrer Verfassung gegen jeden Versuch einer gewaltsamen Änderung zu schützen wissen."

SPD. London, 7. November (Eig. Drahtb.)

Die Zeugenaussagen beim Untersuchungsausschuss über die Ursache der Luftschiffkatastrophe ergeben immer deutlicher, dass die beabsichtigte Indienfahrt, bei der "R 101" verbrannte, aus politischen Prestigegründen erfolgt ist; dass der verunglückte Minister für Luftfahrt, Lord Thomson, den Befehl zum Aufstieg aus diesen politischen Gründen gegeben hat, obwohl jetzt von den verschiedensten Seiten erklärt wird, dass das Luftschiff für diese Fahrt nicht genügend vorbereitet gewesen sei.

SPD. Peking, 7. November (Eig. Drahtb.)

Der Aussenminister der chinesischen Republik, Wang, erklärte am Freitag bei einem Presseempfang, nachdem jetzt die Autorität der Regierung genügend gefestigt sei, gebe es für sie keine wichtigere Aufgabe als die Frage der Exterritorialität der Ausländer. So lange nicht dieses Sondervorrecht aufgehoben sei, könne von einem freien China nicht gesprochen werden. Hierin sei sich das gesamte chinesische Volk einig und dieser einmütigen Haltung verdanke es China, wenn es heute Schantung wieder besitze und seine Zollautonomie. Das chinesische Volk sei sich aber auch in der Aufhebung der Exterritorialität der Ausländer

einig. Russland, Deutschland, Österreich und andere Staaten hätten bereits auf ihre früheren Vorrechte der Exterritorialität verzichtet. England, Frankreich und die Vereinigten Staaten hätten China in Worten ihre Freundschaft ausgedrückt, das Land wolle aber Taten sehen und es hoffe, dass diese Staaten bald Taten zeigen würden.

SPD. Bei der dem Reich gehörigen Viag (Vereinigte Industrie-Unternehmungen A.G.) und ihren Tochtergesellschaften wird eine Senkung der Bezüge der Direktoren und höheren Angestellten vorgenommen. Hierfür sind Grundsätze vereinbart worden, die der Regelung entsprechen, die der preussische Staat mit den ihm ganz oder teilweise gehörigen Gesellschaften getroffen hat.

SPD. London, 7. November (Eig. Drahtb.)

Die Labour Party hat eine schwere Schlappe erlitten. Durch den Tod von W. Mackinder, dem Abgeordneten des Industrie-Wahlkreises Shipley (Yorkshire) musste am Donnerstag eine Nachwahl stattfinden. Die am Freitag bekannt gewordenen Ergebnisse zeigen, dass die Labour Party nahezu 6000 Stimmen verloren hat und damit auch das Mandat. Es ist in konservative Hände übergegangen. Der konservative Kandidat Lockwood erhielt 15 238 (vorige Wahl 13 639) Stimmen. Auf die Liberalen entfielen 13 573 (11 712), die Arbeiterpartei buchte diesmal 12 785 (18 654) Stimmen, der Kommunist Gallacher brachte es auf 701 Stimmen. Die konservative Mehrheit beträgt somit 1665 Stimmen gegenüber 4961 Stimmen, mit der in 1929 die Labour Party den Sieg davontrug, den sie 1923 zum erstenmal erobert hatte. Es ist zweifellos, dass die Ursache dieser Niederlage in der auf 2,2 Millionen gestiegenen Arbeitslosigkeit und ihren Folgen zu suchen ist. Das hat viele frühere Mitläufer ins bürgerliche Lager getrieben. Ein Teil der ehemaligen Arbeiterwähler ist aber auch zu Hause geblieben und dieses Zeichen muss sowohl die Regierung wie die Arbeiterpartei noch bedenklicher stimmen und sie veranlassen, den Gründen nachzugehen, die nicht in der Gegenwart, sicher aber im verangenen Jahre liegen dürften.

SPD. Wien, 7. November (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag abend hatte der Nationalrat Julius Deutsch in einer Rede im Semmering den wahren Verhalt bezüglich der Waffen des Republikanischen Schutzbundes, die in Tirol "entdeckt" und beschlagnahmt wurden, enthüllt: es waren dies Waffen, die Ende 1925 und Anfang 1926 von der damaligen Bundesregierung mit Zustimmung des jetzigen Bundeskanzlers Vaugoin dem Republikanischen Schutzbund zur Verfügung gestellt worden waren für den Fall, dass die Abwehr eines drohenden italienisch-faschistischen Bandenangriffes auf Tirol notwendig werden würde.

Herr Vaugoin, dem diese Feststellung, die die ganze Erbärmlichkeit und Unehrlichkeit seiner einseitigen Waffenrazzia aufdeckt, höchst peinlich war, hat nun einen schüchternen Versuch gewagt, den Tatbestand zu dementieren. Prompt hat daraufhin Genosse Deutsch seine Ankündigungen wahrgemacht und die Dokumente veröffentlicht, die den Bundeskanzler Lügen strafen. Es handelt sich zunächst um einen Brief von Deutsch an Vaugoin vom 14. Dezember 1925, in dem mitgeteilt wird, dass die Tiroler Ortsgruppe des Republikanischen Schutzbundes von der Innsbrücker Heeresleitung (Oberst Kirsch) um ihre Mitwirkung ersucht worden sei. Die Tiroler Gruppe habe jedoch erklärt, dass nur die Zentrale des Republikanischen Schutzbundes kompetent für solche Verhandlungen sei. Deutsch ersucht Vaugoin, einen Vertreter des Heeresministeriums zwecks Verhandlungen mit

ihm namhaft zu machen.

Am 21. Dezember findet nun die Besprechung in der Zentrale des Republikanischen Schutzbundes, d.h. im Gebäude der Wiener Arbeiterzeitung statt. Es nehmen daran teil von sozialdemokratischer Seite Deutsch, General a.D. Theodor Körner und der Innsbrucker Viertler, auf Regierungsseite als offizielle Abgeordnete Vaugoin, General Wittas und Oberst Cless.

Deutsch veröffentlicht nun längere Auszüge aus dem Protokoll dieser Sitzung. Aus diesem Dokument ergibt sich einwandfrei die Zusage des Heeresministeriums, Ausrüstungsgegenstände und Waffen zuerst für 1000 Schutzbündler zur Verfügung zu stellen. Des weiteren wurde die Frage der Heranziehung von Verstärkung aus Salzburg, Vorarlberg und Innerösterreich besprochen. Auch Fragen des Oberkommandos, des Rechtsverhältnisses und sogar der Versorgung etwaiger Hinterbliebener des Schutzbundes durch den Staat wurden besprochen.

Am 5. Januar 1926 findet in Innsbruck eine weitere Besprechung zwischen Deutsch und dem Tiroler Landeshauptmann Stumpf in dieser Angelegenheit statt, der eine weitere folgen sollte. Vaugoin war dabei der Vermittler zwischen Deutsch und Stumpf. Am 14. Januar 1926 teilt Vaugoin im Brief an Deutsch, den die Arbeiterzeitung in Faksimile veröffentlicht, mit, dass Landeshauptmann Stumpf gern bereit sei, mit ihm "in der bewussten Angelegenheit zu sprechen".

Am 18. und am 23. Februar 1926 endlich berät der Heeresausschuss des Parlaments über die Mitwirkung der Selbstschutzverbände, also auch des Republikanischen Schutzbundes, an der Verteidigung Tirols.

Heute hat nun Vaugoin dem Sozialdemokratischen Parteivorstand mitgeteilt, dass er morgen sozialdemokratische Waffenbestände, die im südöstlichen Wiener Bezirk Semmering aufbewahrt werden, nach einer staatlichen Fabrik überführen lassen werde. Es handelt sich um jene Arsenalwaffen, die die Wiener Arbeiterschaft den Zugriffen der Entente Ende 1918, entzogen hatte. Im Frühjahr 1927 hatte Vaugoin diese Waffen aus dem Arsenal zunächst wegführen lassen, er musste aber ein Abkommen mit der sozialdemokratischen Parteileitung treffen, wonach diese Waffen unter Doppelsperre aufbewahrt werden würden. Den einen Schlüssel sollte die Sozialdemokratische Partei, den anderen das Heeresministerium besitzen. Nach dem Vertrag sollte in Zukunft eine weitere Überführung nur im beiderseitigen Einverständnis erfolgen. Dennoch verleugnet Vaugoin jetzt seine Unterschriften, indem er die Überführung für Sonnabend vormittag selbstherrlich anordnet und verkündet.

Dieser Wortbruch geschieht zu dem offenkundigen Zweck, die Arbeiterschaft einseitig zu entwaffnen, während die Heimwehr nach wie vor unbehelligt rüstet.

Am Donnerstag abend sprach Genosse Hermann Müller in Graz unter freiem Himmel vor der grössten Versammlung, die die Hauptstadt von Steiermark jemals erlebt hat. Es waren über 25 000 Menschen versammelt, die dem Vorsitzenden der deutschen sozialdemokratischen Partei einen jubelnden Empfang bereiteten. Auch Genosse Breitscheid hat am Freitag abend in dem obersteiermärkischen Industriegebiet, das von der Montan-Industrie zu einer Hochburg der Heimwehr gemacht werden sollte, glänzend besuchte Versammlungen abgehalten.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

9. November.

Trotz allem - Demokratie !

SPD. Ein kommunistischer Buchverlag hat sich zum 9. November den Wunschtraum erfüllt, die Geschichte eines Deutschlands zu schreiben, das am 9. November 1918 bolschewistisch wurde. Sein Buch fängt ganz richtig an mit der Revolution in Berlin und der Flucht des Kaisers; aber dann wird von den spartakistischen Arbeitern der Vorwärts besetzt und wir bekommen infolgedessen alle Leitartikel nachserviert, die wegen anderen Geschichtsverlaufs ungeschrieben geblieben sind. Diese hundertprozentig linientreue Schreibweise des Zentralorgans führt natürlich Deutschland gradlinig ins Sowjetparadies.

Die Ironie der Geschichte will, dass während der ersten Revolutionswochen tatsächlich der Vorwärts mehrfach von den Spartakisten besetzt wurde, ohne dass deshalb, mit Goethe zu reden, von dort ab eine neue Epoche der Weltgeschichte anging. Vielleicht ist dies gerade der beste Beweis dafür, dass eben doch bei der Novemberweltenwende die künftige politische Gestaltung Deutschlands nicht vom Erfolg eines militärischen Handstreichs abhing, dass nicht, wie die kommunistische Legende es will, der "Verrat" der Sozialisten die alsbaldige Durchführung des Sozialismus in Deutschland verhindert habe. Sondern es bestand eine tiefere Unmöglichkeit für eine Räterediktatur, die sich ableitete aus der verzweifelten Lage eines militärisch und wirtschaftlich zusammengebrochenen Staates, eines ausgehungerten, ausgebluteten und bis aufs Papierhemd ausgeplünderten Volkes.

Durch geschichtliche Notwendigkeit, nicht infolge Zufalls wurde die schmächtig davongelaufene Monarchie am 9. November durch die Demokratie und nicht durch die Diktatur ersetzt. Hat das die Arbeiterklasse zu beklagen? Eines gewiss: dass sie nämlich jene Machtstellung, die ihr als Folge des 9. November zunächst in den Schoss fiel, im neuen Staat nicht hat dauernd behaupten können.

Aber dieser Machtverlust, der nach 12 Jahren Demokratie neuerdings das Gespens einer Diktatur - diesmal der faschistischen - heraufbeschwört, entsprang nicht dem Wesen der neuen Staatsform. Durch die Mittel der Demokratie könnte die Arbeiterklasse auch heute noch im Besitze der Macht sein, wäre nicht jene Kleinmütigkeit einer ungeschulten Minderheit gewesen, die innerlich sofort am Sozialismus verzweifelte, als die Sozialdemokratie aus dem zerfetzten, besiegten und tributpflichtigen Deutschland nicht umgehend ein Paradies der Wohlfahrt hervorzaubern konnte. Jene Seelenschwachen, denen der Aufbau des Sozialismus aus einem Trümmerhaufen Stein für Stein und Stufe für Stufe zu mühselig erschien, sie flüchteten aus der rauhen Wirklichkeit in die Phantasielände der Radikalparteien, wo man ihnen unter dem Zauberzeichen eines fünf-eckigen Sterns oder eines widerhakigen Kreuzes wirtschaftliche Wunder verheisst, gegen die selbst die biblischen verblassen würden. Ihr Abfall vom aufbauenden Sozialismus hat seine Durchführung um Jahrzehnte verzögert.

Aber nehmen wir selbst an, dass damals, am 9. November 1918 durch bewaffneten Handstreich eine dauerhafte bolschewistische Diktatur ebenso leicht zu schaffen gewesen wäre, wie sie in Wirklichkeit unmöglich war, - was dann? Wäre heute der deutsche Arbeiter besser daran? Hätte er - ausser der papierenen Versicherung, dass alle Macht ihm gehöre - in seinem realen Dasein einen Zuwachs an Glück, an menschenwürdiger Existenz, an Freiheit zu verzeichnen?

Die bestehenden Diktaturen geben die Antwort. Wir sprechen absichtlich in der Mehrzahl, denn die bolschewistische wie die faschistische Diktatur werden sich in einem Punkte, und zwar im entscheidenden, immer ähnlicher: sie gestalten das Los des Arbeiters zu einer Art allgemeiner Staatssklaverei. Während die "Lohnsklaverei" des Privatkapitalismus gerade in der Demokratie durch deren Einflüsse immer schwächer wird und sich nach und nach zu einem gleichberechtigten sozialen Arbeitsverhältnis umwandelt, bedeutet das Arbeiterdasein in der Diktatur einen Rückfall in die Sklavenzeiten des Altertums; nur dass

anstelle des antiken Feudalherrn der Staat selber die Rolle des Sklavenhalters übernimmt.

In Russland nicht am wenigsten, sondern am meisten. Die Aufhebung der Unterstützung für Arbeitslose. (die man in Russland jetzt schon nach gesegneten kapitalistischen Vorbildern "Faulenzer" nennt) erhält ihren tieferen Sinn durch das gleichzeitig an die Staatsbehörden verliehene Recht, den um jede Existenz gebrachten Arbeitslosen in jedem beliebigen Beruf und an jedem beliebigen Ort einzustellen. Ergänzend tritt hierzu das Verbot an die Arbeiter, die ihnen angewiesenen Arbeitsplätze nach eigenem Antrieb zu verlassen. Das ist nicht nur das Ende der Freizügigkeit, sondern jeder Freiheit. Der Zustand des russischen Arbeiters sinkt damit unter den des mittelalterlichen Leibeigenen herab, der wenigstens auf seiner heimischen Scholle gelassen werden musste. In Sowjet-Russland dagegen kann der allmächtige Staat den Arbeiter nicht nur aus seinem Beruf in einen beliebigen andern, sondern auch aus seinem Wohnort, von Frau und Kind fort, an irgend eine andere entlegene Stelle des Riesenreiches versetzen, von Moskau nach Archangelsk oder in die sibirischen Sümpfe, wo er in irgend einer überfüllten und verlausten Baracke hausen kann. Eine Flucht vor solchen Anordnungen ist unmöglich, denn der Staat kann jedem Arbeiter nicht nur jedes Einkommen sondern auch seine Wohnung nach Belieben entziehen. Sklaverei in der härtesten Form!

Im faschistischen Italien ist es kaum anders. Mussolini presst die Arbeitslosen des sich entvölkernden Südens zum Bau gigantischer Militärstrassen in den Alpen ohne Rücksicht darauf, wie viel dieser wärmegewohnten Südländer im rauhen Bergklima zugrunde gehen. Die Löhne werden um 15 bis 20 % gesenkt, jeder Widerstand dagegen durch Streik oder solidarische Aktion führt ins Zuchthaus! Die faschistischen Gewerkschaften sind genau wie die bolschewistischen nur willenslose Werkzeuge der Regierung.

Die deutschen Faschisten um Hitler wollen ebenfalls die Staatssklaverei der Arbeiter. Nichts anderes bedeutet die im nationalsozialistischen Programm geforderte "Arbeitsdienstpflicht". Unter der Diktatur wird mit Regelmässigkeit der Arbeiter ein Sklave, muss es werden, weil es das Wesen dieser Staatsform ist, jede Kontrolle der allmächtigen Staatsbürokratie durch das Volk auszuschliessen.

Es gibt und hat bisher auf der Welt nur eine einzige Staatsform gegeben, die den Staatsapparat so weit unter die Kontrolle des Volkes stellt, dass der einzelne Mensch nicht als willenloses Objekt den Machthabern ausgeliefert ist, - die Demokratie. Somit hat die Arbeiterklasse allein die Wahl, entweder durch die Demokratie zur Freiheit aufzusteigen, oder unter der Diktatur in die Hörigkeit einer willenlosen Sklavenmasse abzusinken.

Wenn die deutschen Arbeiter in richtiger Erkenntnis im November 1918 ihre Versklavung durch eine Sowjetdiktatur abgelehnt haben, so mahnt die Situation des 9. November 1930, die damals errungene Freiheit mit Zähnen und Klauen gegen die neuerliche Gefahr einer Versklavung durch faschistische Diktatur zu verteidigen. Unsere österreichischen Arbeitsbrüder schlugen am heurigen 9. November eine Schlacht um ihre Freiheit. Unsere Wünsche begleiten sie; aber ihre Situation zeigt uns auch, welche Gefahr es in sich schliesst, wenn die Machtorgane der Demokratie bereits in den Händen ihrer Gegner sind. Das Gelöbnis der deutschen Arbeiter am 9. November muss sein, den Ansturm der Faschisten auf die Macht im Staate mit allen Mitteln, aber auch mit allen, zurückzuschlagen, also mit den Mitteln ausserhalb wie innerhalb des Parlaments. Kein Fuss breit Boden darf den Faschisten freiwillig ausgeliefert, der verlorene Boden muss zurückerobert werden!

Landtags- Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 7. November (Eig. Bericht)

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Freitag nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen in zweiter Lesung mit dem Gesetzentwurf zur Durchführung der Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränksteuer und Bürgersteuer.

Die Vorlage wurde ausführlich erläutert durch den Abg. Szillat (Soz), der als Berichterstatter darauf hinwies, dass durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 die Gemeinden das Recht erhalten, die Bier- und Bürgersteuer einzuführen oder bei ausserordentlicher Belastung durch Wohlfahrtsaufgaben die Möglichkeit bekommen, eine Getränkesteuer zu erheben. Die Notverordnung des Reichspräsidenten ist gegen den Willen der Sozialdemokratie erlassen worden, aber für die Länder besteht nun einmal die zwingende Verpflichtung, sie durchzuführen. Mit dem vorgelegten Entwurf ist die Staatsregierung ihrer Verpflichtung nachgekommen.

Nach der Notverordnung müssen die Länder den Landessatz der Bürgersteuer bestimmen, die Höhe des Landesdurchschnitts für die Grund- und Gebäudesteuer feststellen und Bestimmungen über die Ausgestaltung der Bier- und Bürgersteuer erlassen. Die Höhe des Landesdurchschnittes für die Grund- und Gebäudesteuern soll in einem späteren Erlass festgestellt werden. Der Landessatz der Bürgersteuer ist wie in der Reichsnotverordnung für einkommensteuerfreie Personen mit 3 Mark, für die Ehefrau mit 1,50 Mark, bei einem Einkommen bis zu 8 000 Mark bis zu 6 Mark und für die Ehefrau mit 3 Mark festgesetzt. Sie soll lediglich durch Gemeindebeschluss ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörden erhoben werden. Kommt ein Gemeindebeschluss bei Verpflichtung zur Einführung der Bürger- und Biersteuer nicht zustande, so sollen die Aufsichtsbehörden das Recht der zwangsweisen Auferlegung bekommen.

Die Regierung ist ursprünglich über die ihr aus der Notverordnung zustehenden Rechte insofern hinausgegangen, als die Einführung der erwähnten Steuern auch dann durch die Aufsichtsbehörde möglich sein sollte, wenn eine Verpflichtung nicht besteht. Im Ausschuss beantragten die Sozialdemokraten die Streichung dieser Bestimmung und schliesslich ist eine Verständigung in dem Sinne erfolgt, dass nur innerhalb bestimmter Grenzen die Steuern zwangsweise eingeführt werden dürfen.

In der Aussprache kritisierte Abg. Dr. von Kries (Dtn) sowohl das Reichsfinanzprogramm als auch das preussische Arbeitsbeschaffungsprogramm. Er ist gegen gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit und will statt des geplanten 9. Schuljahres die Arbeitsdienstpflicht einführen. Nach seiner Auffassung muss jedes Sanierungsprogramm solange wirkungslos bleiben als das Reparationsproblem nicht gelöst ist.

Die Kommunisten lehnen die Vorlage insgesamt ab, die Vertreter der übrigen Oppositionsparteien wandten sich in der Hauptsache gegen die Getränkesteuer, aber auch der Zentrumsredner sprach die Hoffnung aus, dass die Gemeinden die Getränkesteuer so wenig wie irgend möglich einführen.

Die Abstimmungen über die Vorlage finden am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr statt. Anschliessend soll dann die dritte Lesung vorgenommen werden. Ausserdem stehen auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung Anträge des Hauptausschusses über Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 12. November, mittags 12 Uhr statt

aus aller Welt

Hakenkreuz=Sadist Lübben auf der Anklagebank.

Was der Nachfahr des Kapitäns Ehrhardt unter "Ertüchtigung der deutschen Jugend" versteht - Eine moralische Kostprobe vom Dritten Reich.

SPD. Vor dem Schöffengericht Berlin=Charlottenburg begann am Donnerstag der Prozess gegen den völkischen Sadisten Dr. Lübben, Regierungsrat a.D. und Leiter des ominösen Marinesportklubs am Stössensee bei Berlin. Herr Dr. Lübben, der zumindest den Nationalsozialisten nahe steht und als rechtsradikaler Agitator bereits eine Rolle gespielt hat, steht unter der Anklage des fortgesetzten Sittlichkeitsverbrechens und der fortgesetzten gefährlichen Körperverletzung. Das ausgehobene Waffenlager des Regierungsrats vom Stössensee wird in etwa zwei Wochen gerichtliche Beleuchtung, er selbst dafür vermutlich eine gehörige Strafe empfangen.

Das Deckschild der O.G.

Der deutsche Marinesportklub, eine Organisation angehender Dritter Reichsbewohner war etwa 80 Mann stark und hatte Schüler, Studenten und vor allem ehemalige Offiziere, die als Rekrutenrilller auftraten, in seinen Reihen. Wie schon berichtet, nimmt man an, dass der Marinesportklub nichts anderes als ein Deckschild für die verbotene Mörderorganisation des berüchtigten Kapitäns Ehrhardt war. Herr Lübben ist zu Beginn des Prozesses noch nicht erschienen. Sein Verteidiger möchte dem Gericht weismachen, dass der nationalsozialistische Putschist und Sadist völlig zusammen gebrochen sei und Symptome geistiger Umnachtung aufweise. Vor allem bestehe akute Lebensgefahr.

Herr Lübben härtet ab.

Das Gericht beschliesst jedoch, den Regierungsrat herbeizuschaffen und eine sogleich durchgeführte gerichtsärztliche Untersuchung stellt fest, dass Lübben verhandlungsfähig ist. Der Angeklagte, ein Mann in den Vierzigern, hat den Dr. "summa cum laude" und ist verheiratet. Er bestreitet seine Schuld und gibt die merkwürdige Erklärung ab, dass er sich sehr gern in aller Ausführlichkeit über die ihm gemachten Vorwürfe äussern würde, er sehe sich jedoch dazu ausser Stande, da er seit einer halben Woche nachts nicht mehr geschlafen habe. Die unter Ausschluss der Öffentlichkeit beginnenden Vernehmungen einer grösseren Anzahl von Mitgliedern des prächtigen Marinesportklubs entrollen ein geradezu erschreckendes Bild von moralischer Verwahrlosung. Herr Lübben hat seine jungen Leute in der schamlosesten Weise seinen anormalen Zwecken dienstbar gemacht, alles unter dem schönen Deckmantel der militärischen Ertüchtigung und Abhärtung der "deutschen Revanchejugend".

Erst Hiebe, dann Liebe.

Ein 21jähriger Techniker, der übrigens Strafanzeige gegen Lübben erstattet hat, war als Praktikant in dem funktechnischen Laboratorium des Regierungsrats tätig. Der Zeuge berichtet über die grausamen Bestrafungen, denen die Schüler und Praktikanten im Machtbereich Lübbens ausgesetzt waren und die ganz offensichtlich sexuelle Motive verraten. Wenn sich irgendetwas jemand eine kleine Nachlässigkeit zu Schulden kommen liess, so steckte der famose Hakenkreuzerzieher den Kopf des Unglücklichen zwischen seine Kniee und verprügelte ihn etwa eine Vierstunde lang mit dem Gummiknüppel. Waren dann die so Misshandelten müde geprügelt, so nahte sich ihnen Dr. Lübben in unzweideutiger Absicht und missbrauchte sie. Aber nicht genug damit - der gemeingefährliche Geselle zwang seine Praktikanten durch viehische Prügel zu homosexuellem Verkehr auch untereinander.

Die Orgie im Grunewald.

Einem Praktikanten des Lübbschen Instituts ging es besonders schlecht. Der rasende Regierungsrat schleppte ihn eines Nachts in den Grunewald, band ihn an einen Baum und schlug mit einem dreikantigen Lederriemen so wild auf ihn ein, dass er vor Schmerzen fast bewusstlos wurde. Herr Lübbsen gibt die merkwürdige Erklärung ab, dass diese Misshandlungen eigentlich Sportspiele gewesen seien, bei denen es allerdings etwas stürmisch hergegangen sei. Auch seine Schüler wären bei diesen "Sporspielen" keineswegs prüde gewesen, so habe ihm einmal ein junger Mensch, der jetzt als Zeuge auftrete, eine Anzahl Vorderohrweinge eingeschlagen. Er habe das aber nicht als Beleidigung aufgefasst.

Der Zwang zum Suff.

Ein anderer Zeuge erklärt, von einem geregelten sportmässigen Betrieb könne überhaupt keine Rede sein. Man segelte zwar eifrig, jedoch nur, um sich den nötigen Durst für das unmässige Trinken zu verschaffen, zu dem Dr. Lübbsen seine Hörigen mit dem Gummiknüppel in der Hand zwang. Der Zeuge berichtet von unheimlichen Alkoholgelagen, nach denen die "Zöglinge" meist mehr oder weniger sinnlos betrunken waren. In diesem Zustand waren sie für den sadistischen Regierungsrat wahrscheinlich am zugänglichsten.

Antreten zum "Roller"-!

Eine besondere Spezialität des Regierungsrats war das sogenannte "gemeinsame Rollen". Wer irgend etwas "ausgefressen" hatte, wurde von Herrn Lübbsen freundlichst eingeladen, sich mit ihm zum "Roller" zu begeben. Dieses Rollen bestand darin, dass sich der Angeklagte mit dem angeforderten jungen Menschen auf der Erde herumprügelte, wobei der weitaus stärkere Regierungsrat den "Gerollten" stets in der unmenschlichsten Weise misshandelte. Der ganze Marinesportklub sah bei diesen sadistischen Exzessen des Dr. Lübbsen zu, der Verprügelte wurde nach beendigtem "Match" häufig halbtot vom Platz getragen.

Verräter werden nach berühmten Muster "gekillt".

Wagte jemand, gegen die tollen Streiche des Chefs aufzumucken, und drohte gar jemand, über die scheusslichen Verhältnisse im Marinesportklubs in der Öffentlichkeit zu sprechen, so wurde Lübbsen stets fürchterlich wütend und rief: "Wag's Mensch! Da gibts einen Denkmittel, dass Du Hören und Sehen verlierst." Lübbsen betonte dann vor versammelter Mannschaft, dass er gegen jeden "Verräter in den eigenen Reihen" mit Waffengewalt vorgehen und auch vor dem Aeussersten nicht zurückschrecken werde.

Reserviert für "das dritte Reich"!

Ein Kapitel für sich aber ist es, weshalb sich die misshandelten Sklaven des wahnsinnigen Regierungsrats eine derartige tolle Behandlung so lange gefallen liessen! Man muss annehmen, dass sich die Unglücklichen in einem Zustand völliger sexueller Hörigkeit und gänzlicher Willenlosigkeit befunden haben. In diese Linie passt auch sehr gut die grosse Scheu der Zeugen, dem Untersuchungsrichter reinen Wein einzuschenken. Erst nach einiger Zeit wurden sie freier und begannen über ihre haarsträubende Erlebnisse mit dem nationalsozialistischen Sittlichkeitsverbrecher zu berichten. So also sehen die Leute aus, die uns mit den Segnungen des Dritten Reiches vertraut machen wollen! Dieser sadistische Regierungsrat mit dem Doktor summa cum laude und dem unwiderstehlichen Drang, mit dem Gummiknüppel seine Komplexe abzureagieren - sind Leute wie er dazu berufen, Deutschland zum "Erwachen" zu bringen?

+ + +

Beschlagnahmtes Panzerauto. In einer Garage in Chicago entdeckte die Polizei ein Panzerauto, in dem sich Waffen verschiedenster Art befanden, darunter Maschinengewehrmunition, die genügt hatte, um Hunderte von Menschen zu töten. Der verantwortliche Besitzer der Garage weigert sich, irgendwelche Aussagen zu machen.

+ + +

"Frankfurt in der Oder".

Die Kleist-Stadt über Nacht zum deutschen Venedig geworden!
Von unserem nach Frankfurt entsandten Sonderberichterstatter.-

SPD. Frankfurt a.O., 7. Nov. (Eig. Ber.)

Der erste Blick auf die Oder wirkt niederschmetternd. Schon auf der Bahnfahrt empfangen wir schlimme Kunde, Bauern erzählten von verlorener Habe, Frauen von Briefen, die zurückkamen, weil sie nicht mehr in die Oderdörfer befördert werden könnten, aber das sollte nur gedämpfter Auftakt sein. "Sehen Sie, hier unten geht eine Strasse entlang" unterrichteten uns die Bewohner der ostmärkische Hauptstadt, die aufgeregt und ängstlich um den Pegelstandsanzeiger des Frankfurter Wasserbauamtes stehen und drängen und auf neue Meldungen über das zerstörende Hochwasser warten.

Die verlorene Strasse.

So wahr der Pegel an der grossen Oderbrücke in Frankfurt seit Mittwoch auf 5,34 Meter über Mittelwasser steht und von Oberschlesien sich abermals schleichend=langsam eine Flutwelle heranwältzt, so wahr können wir keine Strassen da unten entdecken. Oder soll die Tafel, dass es hier nach "Balzers Restaurant" geht, der letzte Rest einer Strasse sein? Es ist so. Uebrig geblieben ist ein entfesselter, kilometerbreiter Strom, in dem sich, als wäre nichts geschehen, unschuldsvoll die Morgensonne spiegelt. Ganz hinten, nach Crossen oder=aufwärts, taucht aus dem Frühnebel ein dunkler Streifen; Baumkronen, die vor einigen Tagen noch einen herbstlichen Wald beschirmten. Dann da und dort ein Dach, das aus den Fluten ragt, hier hatten Menschen ihre Wohnstatt, sonst nichts als Wasser, graues, unheimliches Wasser, das gurgelnd weiterragt. Ein totes Reh treibt mit.

Der Hafen existiert nicht mehr.

Der Hafen vor Frankfurt existiert nicht mehr. Das Bollwerk ist verschwunden, die Gleise der Güterbahn sind ertrunken und die schweren 600-Tonnen-Kähne der Schlesischen Dampfer-Compagnie könnten direkt in die Ladeböden der Hafenspeicher hineinfahren, wenn nicht die weissen, porzellanenen Isolationsglocken der Hochspannungsleitung, die sich rühmen können, das einzige zu sein, was das Wasser nicht erreichen konnte; sie daran hindern würde. Weil sie wie traurige Wachtposten dazwischen stehen. Noch etwas: bisweilen ragt aus der Flut ein Schild; "Dampferkohle" oder "Baustoff-Krause" steht angeschrieben, also da muss ein Kohlenberg liegen und hier ein Steinhaufen. Aber das kann man alles nur vermuten. Wir sind nicht aus Frankfurt und können deshalb auch nicht erraten, wo die Badeanstalt gelegen haben soll. Vielleicht sind es die paar Bretter, die ganz drüben aus der Flut hervorschimmern.

Der schleichende Schrecken.

Am Eingang der Altstadt steht ein Wegweiser: "Zu den Finanzämtern, um die Ecke, zweite Tür rechts!" Es braucht jetzt niemand zum Finanzamt gehen, es sei denn, er wollte hinschwimmen. Vor drei Jahren, in Berggiesshübel, als die Müglitz und die Gottleuba in wenigen Stunden Tod und Verderben über zwei friedliche, verschlafene Erzgebirgstäler brachte, floh der Schrecken, so schnell er gekommen war. Das Odertal aber kam er heraufgeschlichen und hat sich eingemischt, um so früh nicht wieder zu verschwinden. In Berggiesshübel oder in Gottleuba war das Wasser am nächsten Morgen längst in die Elbe gestürzt, aber in Frankfurt steht es in sechs, acht Strassen schon seit zwei Tagen in den Häusern

Verschlammte und verdreckte Häuser für die Armen.

Natürlich sind die Frankfurter "Wasserstrassen" beizeiten von den unglücklichen Bewohnern geräumt worden. Sie wurden in Heimen der Stadt untergebracht. Heute fahren nur noch vereinzelt Karren durch die verschont gebliebenen Strassen und bergen spärliche Habe. Aber wer soll in diese aufgeweichten, verschlammten und verdreckten Häuser wieder ziehen, wenn sich das Hochwasser, wie wir hoffen und wünschen, in der nächsten Woche verlaufen haben wird? Es ist an der

Oder wie anderswo überall: immer trifft die Not die Armen und die Ärmsten besonders schwer.

Kletterpartien, um in die Wohnungen zu kommen.

"Halt, hier darf niemand weiter!" winkt uns ein Posten ab, als wir den schwankenden, von schmutzigem Wasser umspülten Notsteg betreten, den die Frankfurter Pioniere in aller Eile noch errichten konnten, selbst schon bis an die Hüften im Wasser stehend. Wir weisen uns aus. "Ja, bitte sehr, sehen Sie sich das an". Wir sehen in einen Hausflur; wenn das Wasser nicht hier drin gluckste, dann könnte dies ein Malergerüst sein, was man hier aufgebaut hat: es ist aber ein Bretterbau, auf dem die Mieter des ersten Stocks zu ihren Wohnungen stürzen. Zwei Reichwehrsoldaten bringen gerade eine Frau und ein Kind in einem Gummiboot über die Strasse. Ein paar Meter zu den Hauptstrassen der Stadt hinauf herrscht ohrenbetäubender, monotoner Lärm; es sind die kleinen Motorpumpen der Frankfurter Feuerwehr, die wahre Giessbäche aus den ersoffenen Kellern pumpen. In einem der Keller befindet sich eine Holzpantinienschnitzerei. Richtig, da schwimmen unten Pantinen, Schemel und Werkbänke.

Das letzte Meter.

In der Dammvorstadt, über die Brücke weg nach Crossen zu, atmet man auf; der Damm hat gehalten. Unermesslich wäre die Katastrophe gewesen, wäre er geborsten. In fieberhafter Arbeit ist dieses letzte Bollwerk vor der alles zerstörenden Flut verstärkt worden, mit Zweigen, Pfählen, Sandsäcken und Draht. Auch diese Säcke sind schon allesamt durchnässt, aber das letzte, schützende Meter hat das Wasser nicht erklimmen können. Trotzdem ist die Gefahr noch nicht vorüber. Wenn der Damm auch nicht abrutscht, so sickert doch unaufhaltsam die Flut durch und bildet jenseits grosse Seen. Die Strassenbahn kann nicht bis zur Endstation durchgeführt werden, auch die Chaussee nach Guben-Breslau ist gesperrt, die Wagen können auch nicht in ihr überschwemmtes Depot, sie müssen draussen schlafen. Unterdessen spielt ein lauer Südwest mit den Ventilationsrotoren.

"Schipper an der Wasserfront".

Immer noch ist das 8. Infanterie-Regiment zur Hilfeleistung aufgeboten. Autos mit Offizieren jagen über die Strassen, in endloser Kolonne fahren die Bauern Sand heran, den Damm entlang rumpeln die Lorän der provisorisch errichteten Feldeisenbahn, eben werden die erschöpften Mannschaften durch frische Soldaten abgelöst. Sie schippen und schippen Tag und Nacht, die riesigen Scheinwerfer können sich tagsüber ausruhen, man hat ihnen eine Kapuze über den Kopf gezogen. Ein ganzes Heerlager hat die Reichswehr an den gefährdetsten Stellen des Oderdamms errichtet. Nur das Pumpwerk, das an der Chaussee-Gabelung Grenzmark-Schlesien steht, ist ersoffen. Weit, weit über Wiesen und Felder soll man gehen, ehe man an das eigentliche Flussbett der Oder kommt, heute reicht die gräusame Flut bis in den Wald. Ganz hinten, fast verschwommen, liegt Frankfurt. Neunstellige Ziffern wird der Schaden hoch sein.

+ + +

Verhaftung der Uhrmachermörder!

Ein 16jähriges Mädchen als Anstifterin - Mit dem Beile in der Hand trieb sie die Täter an - Liesa Neumann zeigt keinerlei Reue.

SPD. Die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei hat in kurzer, anstrengender Arbeit das Verbrechen, dem vor etwa acht Tagen der Uhrmachermeister Ulbrich aus Berlin N. zum Opfer fiel, erfolgreich aufgeklärt. Die beiden Täter, der 22jährige Kutscher Richard Stolpe und der ebenso alte Zeitungsaussträger Erich Benziger aus Berlin, wurden in dem Dorfe Nebel (Hinterpommern) ergriffen und verhaftet. Die Mörder wurden nach Berlin gebracht, am Freitag vormittag legten sie ein volles Geständnis ab.

Der Kampf im Bett.

Die geistige Urheberin des Raubmordes ist die 16jährige Liesa Neumann, die im fünften Monat schwanger ist und vermutlich im Einfluss dieser Schwangerschaft, zu ihrem tierhaft-triebhaften Tun, für das gewisse medizinische Voraussetzungen offenbar von Natur aus vorhanden sind, gekommen zu sein scheint. In der Wohnung Liesa Neumanns wurde auch die Beute des Raubmordes, um den es sich unzweifelhaft handelt, aufgefunden: mehrere goldene Uhren und Ringe. Es steht fest, dass das junge Mädchen Stolpe, der ihr Bräutigam war, und dessen Freund, den Zeitungsfabrikant Benziger, zu der Tat überredet hat. Auch Liesa Neumann wurde selbstverständlich verhaftet. Bis jetzt zeigt sie ebenso wenig Reue, wie Benziger und Stolpe.

Die Gier nach Geld.

Der Uhrmacher Ulbrich war, wie man sich erinnert, ein Sonderling: er war, gewissermassen im Nebenberuf, noch Aktphotograph und betätigte sich im Interesse seiner zahlreichen jungen Kundschaft als Agent für kleine Varietés, Cabarets usw. Bald nachdem er Liesa Neumann kennen gelernt hatte, war er in einen Zustand vollständiger Hörigkeit gegenüber dem Mädchen geraten und beschenkte es in reichstem Masse mit Geld und Schmucksachen. Allmählich bemächtigte sich der Liesa Neumann eine Geldgier, die geradezu krankhafte Formen annahm. Wiederholt veranlasste sie Richard, den Bräutigam, zu Erpressungsversuchen an Ulbrich. Die Versuche waren von Erfolg begleitet.

Raubüberfall oder Mord?

Als Ulbrich merkte, dass das junge Mädchen geradezu auf seinen Ruin ausging und als er sich ausser Stande sah, die Forderungen, die an ihn gestellt wurden, noch weiter zu erfüllen, drohte ihm das junge Mädchen, dass ihr Freund ihn dann wohl wegen Verführung einer Minderjährigen anzeigen werde. Ulbrich liess sich nicht einschüchtern. Darauf erklärte Liesa Neumann ihrem Bräutigam, dass es jetzt nur noch den Weg der Gewalt gäbe, um zu Ulbrichs Geld zu kommen. Den Raubüberfall, den Stolpe und Benziger planten, fand Liesa zu riskant. Sie war es, die daraufhin die Weisung ausgab: Ulbrich muss ermordet werden. Sie war es, die sich alle Einzelheiten der Tat erdachte und sie, die 16jährige, war es, die bei den Vorbesprechungen gewissermassen die Leitung hatte. Und nicht zuletzt: Liesa war auch Mittäterin.

Als das Licht verlöschte...

Es war am Abend des 28. Oktober, als sich Liesa Neumann, während sich ihre beide Kumpagnen noch auf einem Rummelplatz herumtrieben, zu Ulbrich begab. Sie hatte ihren Freunden noch Anweisung in dem Sinne gegeben, dass sie nicht eher in die Wohnung Ulbrichs eindringen sollten, bis das Licht in ihr verlöscht sei. Der Uhrmacher empfing das Mädchen, das er noch immer sehr liebte, in grosser Herzlichkeit: er hatte Teegebäck und Weintrauben zum Empfang gekauft. Als sie sich gemeinsam zur Ruhe begaben, wusste Ulbrich nicht, dass Liesa heimlich die Ladentür aufgeschlossen hatte. Das Licht verlöschte -- und nach wenigen Minuten schlichen sich lautlos die Mörder ein.

Das grausige Ende der Liebesnacht.

Es gab einen harten Kampf. Der Uhrmacher versuchte, aus dem Bett zu springen, Licht einzuschalten, er wurde gepackt, machte sich wieder frei, wurde abermals gepackt, fast eine Stunde währte das Ringen. Die Mörder hatten längst den Mut verloren und wollten fliehen, aber hinter ihnen stand drohend Liesa, ein Beil in der Hand; sie erklärte, dass sie Ulbrich den Schädel zertrümmern würde, falls die Jungen zu feige wären, den Uhrmacher zu ersticken. So rangen sie weiter mit ihm, warfen ihn aufs Bett, drückten den Kopf in die Kissen, erstickten ihn. Als Ulbrich kein Lebenszeichen mehr von sich gab, durchsuchten sie Laden und Wohnverschlag nach Geld, Uhren und Schmuck, nahmen mit, was ihnen mitnehmenswert schien und flohen.

Die Flucht.

Nach der Tat wurden die 50 Mädchen, die zu den ständigen Gästen Ulbrichs gehörten, und von ihm auch öfters nackt fotografiert worden waren, vernommen. Liesa Neumann, die, wie man aus ihrer kurzen Biographie weiss, eine typische Herumtreiberin ist, verwickelte sich bei der Vernehmung in jene Widersprüche, die schliesslich auf die richtige Spur und zur Aufdeckung der Tat führten. Man wusste, dass Stolpe Liesas Freund war, und man erfuhr auch, dass Stolpe früher einmal in Nebel als Hüter gearbeitet hatte. Die Vermutung, dass er und sein Freund dort unterzutauchen versuchten, war richtig. Stolpe und Benziger waren mit der Bahn nach Stettin gefahren und von dort nach Nebel, das noch etwa 100 Kilometer entfernt liegt, zu Fuss gegangen. Als sie am Ziel ihrer Reise eintrafen, wurden sie verhaftet. Alle Aussagen decken sich in dem Punkt, dass die Triebkraft der fürchterlichen Untat Liesa Neumann war. Schon lange träumte sie von einem Auto, und von einem Pelzmantel....

+ + +
Kölner Opernintendant nach Argentinien? Der Intendant der Kölner Oper, Professor Max Hofmüller, hat einen Ruf an die in Buenos Aires neu zu errichtende Deutsche Oper erhalten. Es steht noch nicht fest, ob Hofmüller dem Rufe Folge leisten wird.

+ + +
Gemütliche Räuber in Sachsen. Der dritte Raubüberfall in Sachsen innerhalb dreier Tage wurde in Struppen (Sächsische Schweiz) verübt. Dort drängen zwei schwarzmaskierte Räuber in das Dienstzimmer des Bürgermeisters ein und forderten unter Vorhalten einer Schusswaffe die Herausgabe von Geld. Der Bürgermeister erklärte den Räubern, dass sich die Schlüssel zum Kassenzimmer und zum Geldschrank nicht in seinem Besitz befänden und dass der Geldschrank nur kleinere Beträge enthalte. Die Räuber entfernten sich darauf sehr schnell und entkamen unerkannt.

+ + +
Der Tod der Not. In der Nacht zum Freitag haben sich in Köln nicht weniger als 7 Menschen freiwillig den Tod durch Leuchtgas, durch Erhängen oder durch Ertränken im Rhein gegeben. Es waren Männer im Alter von 22 bis 40 Jahren. Aus Aufzeichnungen geht hervor, dass sie alle wegen Arbeitslosigkeit den Tod gesucht haben.

+ + +
12 000 Mark im Schlafanzug. Im Schlafanzug des 15jährigen Hoteljungen Frederick North aus London wurden Juwelen und Schmuckstücke im Werte von 12.000 M entdeckt. Aus der Vernehmung des jugendlichen Diebes vor dem Jugendgericht ging hervor, dass die Junge ein eifriger Kinobesucher war und durch die Besichtigung der vielen Schurdfilme zu Diebstählen an den Hotelgästen verleitet worden ist.

+ + +
Für 250 000 Mark Zigaretten gestohlen. In der Nacht zum Freitag wurden durch Einbruch in ein Zigarettegrosslager in Köln-Ehrenfeld 600 000 Zigaretten im Werte von 250 000 Mark gestohlen. Von den tabakfreudigen Spitzbuben fehlt jede Spur.

+ + +
Erdbeben in Smyrna. Das ebenerst durch eine furchtbare Ueberschwemmungskatastrophe schwer heimgesuchte Smyrna ist nun auch noch durch ein Erdbeben erschüttert worden. Obwohl das Beben nur verhältnismässig leicht war, stürzten doch 29 bereits vom Wasser schwer beschädigte Häuser zusammen und begruben insgesamt 50 Menschen unter sich, von denen 7 erschlagen wurden. Die anderen kamen mit teils ernsten, teils leichteren Verletzungen davon.

+ + +

Begeisterung für "Do X". Das in Amsterdam eingetroffene Flugschiff "Do X" wird, wie der holländische Korrespondent des Soz. Pressedienstes meldet, in der ganzen niederländischen Presse in begeisterten Worten gefeiert. Bei dem klaren sonnigen Herbstwetter am Donnerstag pilgerten Tausende von Amsterdamerinnen nach dem Marineflughafen Schellingwoude am sogenannten offenen Y, das ausserhalb des grossen Abschlussdeiches östlich des Ybusens liegt und bereits der Zuidersee angehört. Obwohl sowohl der Tag der Ankunft wie der Donnerstag Arbeitstage waren, war bei den schmalen Zugangswegen zu diesem sonst verhältnismässig stillen Fleck der Verkehr durch die Autokarawenen und die nicht minder zahlreichen Radfahrer lebensgefährlich. Dr. Tilgenkamp, der Presseleiter des Flugschiffes, erklärte anlässlich eines kurzen Presseempfanges, dass namentlich der erste Teil des Fluges bis Basel nicht ungefährlich gewesen sei, weil die geringe Breite des Rheins hier eine etwaige Notlandung nahezu unmöglich mache. Ueber niederländischem Boden war das Flugschiff durch Dunkelheit und dichtes Gewölk gezwungen, von der bis dahin behaupteten Flughöhe von 500 Metern bis auf 100 Meter hinuntergehen, weswegen sogar die Antenne eingezogen werden musste. Als man Nijkerk erreichte, hatte man über der weiten Zuidersee noch einmal einen glänzenden blauen Sonnenhimmel, und das erste "Salzwasser" wurde von der Besatzung mit Jubel begrüsst. Flugzeug und Motore hätten sich prächtig bewährt. Der Aufenthalt in Amsterdam wird einige Tage während, worauf der Flug zunächst nach Southampton dann nach Le Havre und schliesslich über La Coruna nach Lissabon fortgesetzt werden soll. Das Datum des Ozeanfluges, der bestimmt stattfinden wird, liegt noch nicht fest.

+ + +

Todesantrag gegen Anna Lutzenberger. Der dritte Verhandlungstag im Augsburger Giftmordprozess gehörte zunächst den Sachverständigen. Ein Landgerichtsarzt, der die exhumierten Leichen der Eltern seziiert hatte, konnte eine natürliche Todesursache nicht feststellen, und er und ein Irrenarzt aus Kaufbeuren, wo die Angeklagte auf ihren Geisteszustand untersucht wurde, sind der Ansicht, dass Frau Lutzenberger wohl geistig minderwertig und gefühlstumpf sei, der § 51 jedoch nicht in Frage komme. Irgendwelche Anzeichen für eine geistige Erkrankung hätten sich nicht gezeigt. Ein chemischer Sachverständiger, der im Auftrage der gerichtsmethodischen Untersuchungsstelle Milchproben gemacht und Leichenteile untersucht hatte, äusserte sich über das Ergebnis: In der Milchprobe von 132 Gramm wurde eine solche Dosis Arsenik gefunden, die vollauf genügt hätte, um einen Menschen zu töten. In beiden Leichen fand man Arsenik, und zwar in der Leiche des Stiefvaters bedeutend mehr als in der der Mutter. Zum Gesamtkomplex wurde Professor Dr. Merkel vom gerichtlich-medizinischen Institut München vernommen. Auch Merkel konnte eine natürliche Todesursache bei den Verstorbenen nicht finden, wobei er allerdings vorausschickte, dass die beiden Leichen doch schon sehr lange unter der Erde gelegen haben. Die Krankheit des Stiefvaters sei das Bild einer Arsenikvergiftung. Es steht über allem Zweifel fest, dass der Alte an einer akuten Arsenikvergiftung gestorben sei, dagegen müsse man bei der Mutter der Angeklagten von einer chronischen Vergiftung sprechen. Ihr sei das Gift langsam zugeführt worden und gewisse Alterserscheinungen hätten ein übriges getan, um einen raschen Tod herbeizuführen. Auch bei den Kindern könnte man mit grosser Wahrscheinlichkeit annehmen, dass ihnen in das Essen Arsenik gemischt worden sei, ähnlich wie in die Milch der Familie Schrott. — In einer zweistündigen Anklagerede baute der Staatsanwalt seinen Indizienbeweis auf und beantragte, die Lutzenberger wegen zweier Verbrechen des vollendeten Mordes je zum Tode und weiter wegen 8 Verbrechen des versuchten Mordes zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus zu verurteilen. Der Verteidiger der Angeklagten beantragte nach ebenfalls längeren Ausführungen, in denen er sich bemühte, das Anklagegebäude zu erschüttern, den Freispruch.



Um Recht und Brot.

Eine halbe Million Prozesse vor den Arbeitsgerichten.

SPD. Das deutsche Unternehmertum wird immer kleinlicher und gehässiger. Immer mehr führt bei ihm der Scharfmacher das grosse Wort. Der beste Beweis dafür ist die Zunahme der Klagen vor den Arbeitsgerichtsbehörden. Um jeden Pfenning muss vom Arbeitnehmer gekämpft und gestritten werden. Tausende von Streitigkeiten könnten bei etwas Entgegenkommen auf Seiten des Unternehmers im Handumdrehen aus der Welt geschafft werden. Allein der Unternehmer bringt nur selten die moralische Kraft auf, freiwillig zu geben, was dem Arbeiter und Angestellten zusteht. Was der Unternehmer von rechtswegen von sich aus tun müsste, muss ihm fast stets unter dem Zwang und Druck der Arbeitsgerichtsverhandlung entrissen werden.

Im Jahre 1929 waren nicht weniger als 427 604 Rechtsstreitigkeiten vor den Arbeitsgerichten anhängig gemacht worden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Zunahme von 47 915 Rechtsstreitigkeiten. Auf allgemeine Arbeiterstreitigkeiten entfielen 277 640, auf Angestelltenstreitigkeiten 109 860 und auf Handwerkerstreitigkeiten 40 084 Fälle. Am stärksten beschäftigt waren naturgemäss die Arbeitsgerichte der Grosstädte z.B. die von Berlin, Köln, Hamburg, Breslau, Leipzig usw. 4/10 der Gesamtzahl der anhängigen Streitsachen wurden von den Arbeitsgerichten der 12 grössten Städte erledigt. Zuende geführt wurden 338 365 anhängige Streitigkeiten oder 90,8 v.H. Erledigt wurden durch Vergleich im Güteverfahren 98 011 (25,2%), durch Vergleich im streitigen Verfahren 47 682 (12,3%), durch Verzicht (im Sinne des § 306 ZPO) 951 (0,2%), durch Anerkenntnis 9 570 (2,5%), durch Zurücknahme der Klage 82 203 (21,2%); durch Versäumnisurteil 43 935 (11,5%), durch anderes Endurteil 69 181 (17,8%), durch Erledigung auf andere Weise 36 830 (9,5%). Man sieht: der verhältnismässig grösste Teil der Streitsachen fand seine Erledigung ohne Entscheidung im Streitverfahren. In vielen Fällen genügte bereits die Anrufung des Arbeitsgerichts, um den Arbeitgeber zur Erfüllung seiner Verpflichtung zu veranlassen. Ein Zeichen, dass unendlich oft der Arbeitnehmer bei seinen Beschwerden durchaus im Recht war.

Die Durchführung der Urteilsverfahren hat sich bedauerlicherweise verlangsam. In 70 478 Fällen (16,5%) betrug der Wert des Streitgegenstandes bis 20 Mark einschliesslich, in 108 696 Fällen (25,4%) von 20 bis 60 Mark, in 72 052 Streitsachen (16,8%) von 60 bis 100 Mark, in 97 136 Streitfällen (22,7%), von 100 bis 300 Mark, in 75 114 Klagesachen (17,6%), von 300 Mark bis zur Revisionsgrenze und in 4 128 Fällen (1,0%) überschritt der Wert des Streitgegenstandes die Revisionsgrenze. Wegen grundsätzlicher Bedeutung des Rechtsstreits wurde die Berufung in 4 792 Sachen zugelassen, obwohl der Streitwert unter der allgemeinen geldlichen Berufungsgrenze lag.

Im Beschlussverfahren, also in Streitigkeiten zwischen Betriebsvertretung und Arbeitgeber, waren insgesamt 3 247 Sachen anhängig; auch diese Streitigkeiten haben zugenommen. Ferner wurden die Arbeitsgerichte im Berichtsjahr, in Anspruch genommen durch Anträge auf Erlass eines Arrestbefehls oder einer einstweiligen Verfügung in 3 278 Fällen und durch Mahnverfahren in 29 752 Fällen. Auch hier ist eine Zunahme festzustellen. Die vor den 80 Landesarbeitsgerichten zu erledigenden Streitigkeiten sind ebenfalls mehr geworden. So ist die Zahl der im Urteilsverfahren anhängigen Berufungen von 13 491 auf 16 738

gestiegen. Bei der Durchführung der Berufungen ist ebenfalls eine Verlangsamung eingetreten. Beim Reichsarbeitsgericht waren im Berichtsjahr im Urteilsverfahren 959 Revisionen anhängig.

Der Ausweis über die Tätigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden gibt keine Auskunft darüber, wie viele von den anhängig gemachten Klagen zu Gunsten der Arbeitnehmer bzw. zu ihren Ungunsten entschieden wurden. Ebenso bringt er keinen exakten Aufschluss darüber, wie hoch die Summen sind, die die Arbeitnehmer erstritten haben. Schätzungsweise dürfte sich die Klagesumme im Berichtsjahr auf rund 30 bis 40 Millionen Mark belaufen; davon dürfte die Arbeitnehmerschaft 2/3 durch ihre Klagen herausgeholt haben, und zwar nicht zuletzt dadurch, weil die klagenden Arbeitnehmer, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, von ihren Verbänden in den Arbeitsrechtsstreitigkeiten mit Rat und Tat unterstützt werden. Die Gewerkschaft steht ihnen nicht nur als Prozessbevollmächtigter bei, sie übernimmt auch die Kosten, die sich aus dem Rechtsstreit ergeben. Nur dadurch, dass die Gewerkschaften auch finanziell dem klagenden Arbeitnehmer unter die Arme greifen, kann dieser arbeitsgerichtlich gegen den Unternehmer vorgehen. Wie stark der Rechtsschutz durch die Gewerkschaften ist, zeigt die Tatsache, dass sie 1929 rund 1 Million Mark dafür zu Gunsten ihrer Mitglieder ausgegeben haben.

SPD. Das organisierte Unternehmertum möchte in der Frage der Arbeitszeitverkürzung der Öffentlichkeit einreden, dass die Gewerkschaften einen Sprung ins Dunkle verlangen. Dass davon keine Rede sein kann, zeigt ein Vergleich der heutigen Kurzarbeit mit der des Jahres 1926. Damals betrug zwischen Januar und März die Zahl der Kurzarbeiter 20-23% der Gewerkschaftsmitglieder bei 20-22% Vollarbeitslosen. Ende September dieses Jahres dagegen waren von je 100 Gewerkschaftsmitgliedern kurzarbeitend 14,5 und voll erwerbslos 22,8.

Das Bestreben, Krisen durch Arbeitszeitverkürzung zu mildern, hat also nachgelassen. Wie sehr Hilfe nicht nur nötig, sondern auch möglich ist, zeigen Feststellungen der Gewerkschaften. Ende September 1930 waren unter den Textilarbeitern 18,2% voll arbeitslos und 31,1% standen in Kurzarbeit. Bei Anwendung der Kurzarbeit in demselben Ausmass wie 1926 wäre nach Berechnungen des ADGB gegenwärtig die Vollarbeitslosigkeit in der Textilindustrie kaum höher als 11%.

Man sieht, es liesse sich schon manches bessern, wenn nur etwas guter Wille bei den Unternehmern vorhanden wäre. Aber da haperts.

SPD. Die entscheidenden Verhandlungen zur Schlichtung des Berliner Metallkonflikts haben am Freitag vormittag im Reichsarbeitsministerium begonnen. Das Schiedsgericht, bestehend aus dem früheren Reichsarbeitsminister Brauns, dem Oberbürgermeister Jarres-Duisburg und Professor Sinzheimer-Frankfurt, tagt zunächst zusammen mit den Vertretern der Parteien. Die Metallarbeiter sind vertreten durch den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes Urich, dem Vorsitzenden des ADGB-Ortsausschusses Berlin, Bredow und durch eine Reihe anderer Funktionäre, die Unternehmer haben als Hauptvertreter Herrn v. Borsig, den Generaldirektor Dr. Köttgen und Rechtsanwalt Oppenheimer vom VBMI entsandt.

Der Vorsitzende des Schiedsgerichts Dr. Brauns eröffnete die Verhandlungen mit dem Dank an die Parteien für das Vertrauen, das sie dem Freimännerkollegium durch ihre Vorschläge entgegengebracht hätten. Kein Mitglied des Schiedsgerichts habe sich zu diesem Amt gedrängt. Der ganze Fragenkomplex werde nochmals genau geprüft werden, damit man zu einem freien und objektiven Urteil komme. Das Gericht habe entweder einstimmig oder mit Mehrheit über die Neuregelung der Löhne in der Berliner Metallindustrie zu entscheiden.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts muss binnen zwei Tagen fallen. Wie verlautet, wird der neue Spruch erst am Sonnabend gefällt werden.

SPD. Der nächste Kongress der freien Gewerkschaften (vierter Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) wird auf Beschluss des Bundesvorstandes am Montag den 31. August 1931 in Frankfurt a. Main zusammentreten.

SPD. Die Grossbuchdruckerei der "Kölnischen Zeitung" beabsichtigt Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Abbau der übertariflichen Zulagen für die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter. Die Belegschaftsversammlung fasste eine Entschliessung, wonach die Verkürzung der Arbeitszeit auf keinen Fall über 6 3/4 Stunden pro Woche hinausgehen dürfe. Die Streichung der übertariflichen Zuschläge bei den älteren Hilfsarbeitern wurde von der Versammlung abgelehnt. Die Geschäftsleitung erklärte, dass sie, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht erfolge, 45 bis 50 Arbeiter des Druckereibetriebs entlassen müsse.

SPD. Der frühere Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes in Dresden Paul Pawlowitsch ist in Brandenburg a. d. Havel im Alter von 66 Jahren gestorben. Mit ihm ist einer der alten Garde der Arbeiterbewegung und ein Mann mit einem ungewöhnlich bewegten Leben dahingegangen. Von Beruf Werkzeugmacher, war er schon als Lehrling in der sozialistischen Bewegung tätig. Ende der achtziger Jahre war er mit Wildberger, Kampfmayer, Bruno Wille, Albert Dräger und anderen einer der rührigsten und aktivsten in der zum Anarchismus neigenden Bewegung der damaligen "radikalen Unabhängigen". Sein Kampf mit dem Polizeistaat trug ihm nicht weniger als 3 1/2 Jahre Gefängnis ein. Nach inneren Kämpfen und Wandlungen kam er zur Gewerkschaftsbewegung. Seit 1902 war er im Metallarbeiterverband tätig und zwar in Berlin, in Solingen und von 1919 bis 1925 6 Jahre lang in Dresden.

Pawlowitsch war eine Kraft- und Kampfnatur. Sein Auftreten in Verhandlungen mit den Unternehmern, auf Verbandstagen und in grossen Versammlungen hatte immer eine besondere Note. Robust in der Form und mit scharfgeschliffenen geistigen Waffen kämpfend, war er nicht immer ein angenehmer Gegner. Er wirkte jedoch versöhnend durch seine Offenheit und durch seinen unverwüstlichen Humor. Trotz seiner scharfen Kanten war er ein Mensch mit starkem Innenleben. In rauher Schale schlug ein heisses Herz, voll von Hingabe für die Sache der Arbeiter. In der deutschen Gewerkschaftsbewegung gibt es wenige unter den Alten, die Pawlowitsch nicht kennen, diesen Menschen- und Führertyp, der der Arbeiterbewegung sein Bestes zu geben bestrebt war.

SPD. Am kommenden Sonntag werden Vorstand und Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Bremen zusammenkommen, um zu den Tabakzollplänen der Regierung - sie laufen auf eine Verfünffachung des jetzt 80 Mark betragenden Zoll pro Doppelzentner hinaus - Stellung zu nehmen. Die Tabakarbeiterschaft ist durch diese Pläne alarmiert worden. Sie protestiert gegen die Verwirklichung dieser Pläne, die sie als katastrophal für ihre Existenz betrachtet.

Auch die im Tabakgewerbe beschäftigten Angestellten befürchten, dass die Verschärfung der auf dem Tabak bereits ruhenden Last zu neuen Preiserhöhungen, neuem Konsumrückgang und damit zur Vergrösserung der Arbeitslosigkeit unter den Tabakangestellten und -arbeitern führt.

Wirtschaft Technik Gandol

Man operiert und spekuliert.

Börsenbericht für die Woche vom 3. bis 8. November.

SPD. Berlin, 8. November 1930.

Durch eine Reihe gegensätzlicher Bewegungen innerhalb der Börsenmärkte schliesst die vergangene Woche trotz manchen interessanten Zwischenfalls im grossen und ganzen ohne Gewinn und ohne Verlust ab. Die Kurse entsprechen in der weitaus grössten Mehrzahl aller Papiere etwa denen des vorangegangenen Sonnabend. Die tatsächlichen Umsätze sind ebenfalls - von wenigen Spezialpapieren abgesehen - sehr gering, am letzten Freitag ergab sich sogar bei zahlreichen Aktien infolge Umsatzlosigkeit der Zwang, keine amtlichen Kurse festzustellen. Innerhalb einer derart geschäftstoten Zeit ist es verständlich, dass die eine oder andere Spekulantengruppe die Lustlosigkeit der Märkte zu Spezialoperationen auszunutzen versucht, wobei man allerdings, der Zeit gemäss, meist nach unten, also a la baisse operiert. Ob aber solche Attacken angesichts ihrer zerstörenden Wirkung auf alle Börsenmärkte nicht mit allen verfügbaren Mitteln unterbunden werden sollten, ist eine Frage, mit der sich einmal die Börsengewaltigen beschäftigen müssen.

Am Montag standen die Aktien der Schultheissbrauerei im Vordergrund des Börseninteresses. Schon am vorhergehenden Sonnabend war bei einem Kurs von 176% für Montag eine Baisse angekündigt worden. Allgemeine Ueberraschung herrschte daher als der erste Montagkurs sich auf 178,5% stellte. Der Wühlarbeit der Bassiers aber gelang es, bis zum Börsenschluss den Kurs auf 170,5% zu drücken. Am Dienstag verlautete dann vor den ersten Kursen, dass Schultheiss mit 165% einsetzen würden. Offenbar aber griffen nun die Grossaktionäre von Schultheiss ein. Der erste Kurs wurde mit 173% und schon am Mittwoch hatten sie wieder einen Stand von 178% erreicht, der bisher auch einigermaßen gehalten wurde (zuletzt 176,5%). Diese Vorgänge sind ein Schulbeispiel für die augenblicklich die Börsentendenz bestimmenden Faktoren.

Ähnliche Manipulationen konnte man am I.G. Farbenmarkt beobachten. Am Mittwoch wollte die Börse wissen, dass der Farben-Aufsichtsrat am Donnerstag über die unveränderte 12%ige Dividende hinaus einen Bonus von einem Prozent für das laufende Geschäftsjahr in Aussicht stellen werde. Schnell sprang der Kurs von 140,25 auf 144,25%. Als am Donnerstag dann die Erklärung des Aufsichtsrates kam, ohne eine Mitteilung von einem Bonus, ja ohne sogar in der Dividendenfrage eine feste Zusage zu machen, sank der Kurs wieder auf 139 3/8%, um sich erst am Freitag auf ca. 140% leicht zu bessern. Auch das war ein unverantwortliches Treiben, denn niemand konnte im Ernst an eine solche Erklärung glauben, wie die Gerüchte sie ausgemalt hatten. Aber keine der zuständigen Stellen fand es für notwendig, das gefährliche Spiel zu unterbinden.

Während dieser Bewegungen traten nebenher die Pessimisten al Elektromarkt auf, die sowohl bei der AEG wie bei Siemens von starken Dividendenkürzungen wissen wollen. Positives lässt sich natürlich nicht sagen. Die Geschäfte haben auch bei diesen Konzernen nachgelassen, dafür aber haben sie beide im letzten Jahr grosse ausländische Kapitalbeträge hereingenommen, deren Zinsertrag allein zu guten Gewinnziffern beitragen muss. Aber ob man diese Gewinne den Aktionären zukommen lassen soll, das ist die Streitfrage. Immerhin liegen sowohl

AEG, wie auch Siemens auf dem allerdings stark ermässigten Kursniveau seit einer Woche recht stabil, nämlich AEG zwischen 114,5 und 116%, Siemens zwischen 175 und 180%, in den letzten Tagen etwa bei 179 - 180%.

Verständlich ist, dass die Schiffahrtsaktien sich nicht erholen können, sodass Hapag sowohl wie Norddeutsche Lloyd meist etwas unter 75% liegen. Eine teilweise Erklärung liegt darin, dass es nun der englischen Cunard-Linie gelungen ist, nach schweren Bemühungen für ihre Grossbauprojekte (zwei Dampfer grösser wie "Europa" und "Bremen", nämlich ca. 70 000 Tonnen) Versicherungen abzuschliessen. Die Bauten können jetzt in Angriff genommen werden. Daraus aber erwächst unseren Riesenschiffen eine schwere Konkurrenz, wenn auch erst in späteren Jahren, auf die bei der Abschreibungspolitik aber schon jetzt Rücksicht genommen werden muss. Was bedeutet das für die Dividende?

Neben den Märkten war, ausser einer kleinen und sachlich nicht begründeten Befestigung der Kunstseideaktien, nur noch ein Vorgang am Markt der Grossbankaktien interessant. Die vor allem schwach liegenden Aktien der Danatbank wurden plötzlich am Donnerstag mit Hilfe künstlichen Druckes heraufgesetzt und erreichten am Freitag immerhin wieder einen Stand von 151%. Noch am Dienstag notierten sie 144,25%. Dass sachliche Gründe diese Steigerung rechtfertigen ist nicht anzunehmen, denn auch die Danatbank wird, wie alle Grossbanken geringe Gewinne und dementsprechend ermässigte Dividenden ausweisen. Die übrigen Banken wurden im übrigen nicht von dieser Bewegung berührt. Mit Ausnahme der Anteile der Berliner Handelsgesellschaft, die etwa 130% notieren, bewegen sich die Grossbankaktien zwischen 110 und 115%, wobei die der grössten Bank, der DD-Bank, 111% stehen.

SPD. Ein sensationelles Ergebnis brachte die öffentliche Ausschreibung einer grossen Frankfurter Wohnungsbaugesellschaft. Die Gesellschaft hatte zu Ostern den ersten Abschnitt einer Grossiedlung mit rund 500 Kleinst- und Kleinwohnungen zur öffentlichen Konkurrenz ausgeschrieben. Damals forderten die beteiligten Baufirmen ziemlich übereinstimmend einen Preis von 37 Mark je Kubikmeter umbauten Raumes, wobei zweifellos kartellmässige Preisabreden der Bauunternehmer eine Rolle spielten. Durch Heranziehung von Aussenseitern gelang es bei der Submission zu Ostern, den Preis bis auf 33 Mark je Kubikmeter herunterzudrücken.

Bei der starken lokalen Arbeitslosigkeit und des anhaltenden Bedarfs an Kleinst- und Kleinwohnungen entschloss sich dieselbe Wohnungsbaugesellschaft jetzt, den gleich grossen zweiten Abschnitt ihres Bauprogramms durchzuführen.

Das Ergebnis dieser Ausschreibung ist in der Tat aufsehererregend. Die Aufträge konnten auf der Basis von rund 24 Mark je Kubikmeter, also rund 29 Prozent unter den Frühjahrspreisen - und wenn man die ersten kartellgebundenen Angebote vom Frühjahr nimmt sogar um 35 Prozent billiger - vergeben werden.

Bei dieser in der Tat äusserst wirksamen Preissenkung werden verschiedene Gründe mitgespielt haben. Die Bauindustrie kann billiger bauen, wenn sie es ernstlich will. Es wäre zu untersuchen, wie weit der Abbau der Rohstoffpreise bei dem Frankfurter Fall eine Rolle gespielt hat.

SPD. Trotz der sich stark auswirkenden Wirtschaftskrise konnte die Berliner Konsumgenossenschaft ihren Umsatz im Oktober 1930 gegenüber demselben Monat des Vorjahres aufrecht erhalten. Es ist sogar eine kleine Steigerung um 0,4% auf 6,785 Millionen Mark eingetreten. In den Fleischabgabestellen beläuft sich die Umsatzsteigerung sogar auf 36%. Im Durchschnittsumsatz je Mitglied trat jedoch eine Senkung von 36,94 auf 34,69 Mark ein. Die Mitgliederbewegung

zeigt einen Zugang um mehr als 2650 Haushaltungen, wodurch sich der Mitgliederbestand auf 199 566 steigert. Die konsumgenossenschaftliche Sparkasse konnte ihre Einlagen um 290 800 auf 47,763 Millionen Mark erhöhen.

SPD. Nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums ergibt sich für den Monat September im ordentlichen Etat ein Defizit von 410,2 Millionen Mark und im ausserordentlichen Etat eine Mindereinnahme von 19,4 Millionen Mark.

Für das erste Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres stellt sich das Gesamtdefizit im ordentlichen und ausserordentlichen Etat auf rund 918 Millionen Mark.

Im ordentlichen Etat macht das Defizit von April bis September 1930 454,7 Millionen Mark aus. Rein rechnermässig tritt zu diesem Defizit der Fehlbetrag aus den Vorjahren in Höhe von 465 Millionen Mark. Dieser Fehlbetrag ist aber auf Grund der gesetzlichen Regelung über die ausserordentliche Tilgung der schwebenden Schuld um 300 Millionen auf 165 Millionen Mark abgetragen. Demnach ergibt sich ein Defizit im ordentlichen Etat von 619,7 Millionen Mark.

Im ordentlichen Etat liegt ein Ueberschuss für die Zeit von April bis September 1930 in Höhe von 472,9 Millionen Mark vor. Der Fehlbetrag aus dem Vorjahr macht 771,7 Millionen Mark aus. Mithin ergibt sich für den ausserordentlichen Etat ein Defizit von 298,8 Millionen Mark.

Der Kassenbestand bei der Hauptkasse und bei den Aussenkassen betrug Ende September bei 1289 Millionen Mark Einnahmen und 1275 Millionen Mark Ausgaben rund 14 Millionen Mark.

Die Reichsschuld ist in der Zeit vom 30. Juni bis Ende September von 10 494,5 Millionen auf 10 505,4 Millionen Mark gestiegen.

Bei der schwebenden Schuld liegt von Ende August bis Ende September eine Steigerung von 1250,8 Millionen auf 1309,6 Millionen Mark vor.

SPD. Das Oelfieber ist wieder einmal in Deutschland entfacht: Der preussische Staat hat, wie wir bereits meldeten, durch seine Bergwerks- und Hütten-gesellschaft, Preussag in der Gegend von Oedesse und Edemischen, in der Nähe des altbekannten Salzstocks von Hennigsen-Wathlingen ein Gelände von 1400 Morgen erworben.

Nach den vorliegenden Angaben ist man mit vier Bohrungen bereits an das kostbare Oel gekommen. Zwei weitere Bohrungen haben in überraschend kurzer Zeit eine Tiefe von 400 bis 500 Metern erreicht. Der preussische Staat rangiert durch die Erwerbung dieses Oelfeldes mit einem Schlage in vorderster Reihe der deutschen Oelgesellschaften. Er fügt seinem Kohlen-, Kali- und Erzbergbau Oelbergbau und Oelindustrie zu. Man kann, wie das preussische Handelsministerium die Erwerbung am Salzstock von Henningsen mit nationalwirtschaftlichen Gründen rechtfertigen. An sich ist es kein besonders erfreulicher Zustand, dass Deutschland in der Belieferung von Oel durchaus vom Ausland abhängig ist und dass die ausländischen Oelgesellschaften diese Notlage Deutschlands durch hohe Preise ausbeuten. Auch das synthetische Oel (Kohlenöl) kann, weil die Rentabilität nicht den Erwartungen entspricht, hier vorerst keine Aenderung bringen. Als die Nordamerikaner, in der Hauptsache die zur Sinclair-Gruppe gehörige Norsk European Oil Corp., auf Grund der bestimmten und durch ausgedehnte Forschungen gestützten Auffassung, dass man es in Norddeutschland mit einem aussergewöhnlich reichen Oelgebiet zu tun habe, in der Lüneburger Heide, in Braunschweig, Mecklenburg und Oldenburg eindringen, hat der preussische Staat es für als angebracht gehalten, einzugreifen. Bemerkenswert sei, dass das Oelvorkommen in Norddeutschland wie z.B. in Texas an sogenannte Salz-

stöcke geknüpft ist. Man kennt gegenwärtig 50 Salzstöcke; von denen sind 5 mehr oder weniger angebohrt. Die Oelproduktion machte im verflossenen Jahr etwa 150 000 Tonnen aus. Sie könnte, wenn die Frage der Raffinerie gelöst wäre, mühelos gesteigert werden.

Verkäufer des Oelgeländes ist die Firma Racky, mit der die Preussag bereits früher zusammengearbeitet hat. Nach der Trennung betätigte sich die Firma Racky auf dem jetzt von Preussen gekauften, einheitlichen Gelände und zwar in Verbindung mit der Gräflich Schaffgotschen Verwaltung. Das Objekt soll dem preussischen Staat die Summe von 7 bis 8 Millionen Mark gekostet haben. Die Finanzierung wurde von der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerksgesellschaft durchgeführt, die dem preussischen Staat als Dachgesellschaft für seine Industrieunternehmungen dient. Die Verhältnisse sind hier noch nicht restlos geklärt. Aus steht noch anscheinend die Auseinandersetzung mit Schaffgotsch, wo eine Entschädigung in Kuxen oder bar erfolgen muss.

Das auf dem von Preussen erworbenen Gelände gewonnenen Oel soll von guter Beschaffenheit und weniger paraffinhaltig sein. Man weiss, dass die deutsche Oelproduktion gestoppt werden musste, weil die sich in der Hauptsache im Besitz von ausländischem Kapital befindlichen Raffinerien die Verarbeitung des deutschen Oels z.T. deshalb ablehnten, weil es zu viel Paraffin enthalte. Jedenfalls geben die meisten der zwischen den Raffinerien und den Oelgesellschaften abgeschlossenen Verträge den ersteren zu einer solchen Ablehnung das Recht. Der Plan Preussens geht dahin, eine eigene Raffinerie zu errichten. Die Investitionskosten würden sich also um die Baukosten einer solchen Raffinerie erhöhen. Die Dinge in der deutschen Oelindustrie drängen schon seit langer Zeit zur Verwirklichung eines solchen Projektes. Eine Verbindung zwischen Preussag und Otto Wolff, von der auch die Rede war, besteht nach einer Darlegung des preussischen Handelsministeriums nicht.

Wenn wir von den durch das preussische Handelsministerium angeführten nationalwirtschaftlichen Gründen für die Erwerbung des Oelgeländes absehen wollen erscheint es uns natürlich, dass Preussen als einer der grössten Bergbaukonzerne in Deutschland sich seinen Platz im Oelbergbau sichert. Damit muss das mit dem Oelbergbau naturgemäss verknüpfte Risiko in Kauf genommen werden. Oelbohren ist gerade so, als wenn man eine Katze im Sack kauft. Es kann klappen, es kann aber auch nicht klappen. Alles hängt von Naturschätzen ab, die man nur vermuten, aber nicht exakt feststellen kann.

SPD. Dem preussischen Landtag liegt ein deutschnationaler Antrag vor, der für den niederschlesischen Waldbesitz einen 5-Millionen-Kredit fordert. In Niederschlesien sei in der Zeit vom 28. Oktober bis zum 1. November 1930 ein Schneebruch erfolgt, von dem fast 1 Million Festmeter Holz betroffen seien. Den Besitzern fehlten die Mittel, um die Holzmassen aufzuarbeiten.

SPD. Der Berliner Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung einen Nachtragsetat zugeleitet, der den Minderertrag bei den Einnahmen mit 28,8 und die Mehrausgaben mit 33,1 Millionen Mark annimmt. Der gesamte ungedeckte Beitrag von 61,9 Millionen Mark soll einmal durch die Aufnahme einer mittelfristigen, ab 1932 in mehreren Jahren abzudeckenden Anleihe in Höhe von 40 Millionen Mark und des anderen durch die Uebernahme des Restes auf das Rechnungsjahr 1931 ausgeglichen werden. Die unbefriedigende Gestaltung des Berliner Etats ist durchweg auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen.

Promptware knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 7. November)

SPD. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse lagen für Weizen um 3 bis $3\frac{1}{2}$, für Roggen um ca. 2 bis 3 Mark fester, jedoch trat im Verlaufe der Börse wieder eine leichte Abschwächung ein. Promptes Brotgetreide war recht spärlich angeboten. Selbst der kahnverladene Roggen beginnt knapper zu werden. Bei dem gebesserten Mehlgeschäft herrscht gleichzeitig lebhaftere Nachfrage, so dass auch hier um ca. 3 Mark höhere Preise für Weizen und Roggen erzielt wurden. Die schon erwähnte Belebung des Mehlmarktes hatte um 25 bis 50 Pfennige erhöhte Forderungen der Mühlen zur Folge, woraufhin sich jedoch die Käufer noch mehr zurückzogen. Hafer hatte stetige Tendenz und vermehrte Nachfrage nach feinen Qualitäten.

	6. November	7. November
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	240 - 241	250 - 251
Roggen	150 - 152	154 - 156
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industrierogerste	165 - 176	167 - 177
Hafer	138 - 148	140 - 150
Weizenmehl	28,25-37,00	29,00-37,25
Roggenmehl	23,75-26,75	24,25-27,25
Weizenkleie	7,50- 8,00	7,75- 8,25
Roggenkleie	7,00- 7,50	7,25- 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 265 - 264 - 266 (Vortag 261 $\frac{1}{2}$), März 281 $\frac{1}{2}$ bis 281-282 $\frac{1}{2}$ (278 $\frac{1}{2}$). Roggen Dezember 174-173 (171), März 187 $\frac{1}{2}$ -188 $\frac{1}{2}$ (186 $\frac{3}{4}$), Hafer Dezember 154 $\frac{1}{2}$ -154 Brief (154), März 169 - 168 $\frac{1}{2}$ Brief (167).

Berliner Viehmarkt.

(7. Nov.)

SPD. Auf dem Schweinemarkt war die Beschickung abermals ausserordentlich knapp, wodurch sich ein weiteres Anziehen der Preise in allen Klassen erklärt. Es zeigte sich jedoch, dass leichtere Schweine weit schwerer zu verkaufen waren als die schweren fetten Tiere. Auch der Kälbermarkt ergab bessere Preise auf Grund unzureichenden Angebots. Weniger günstig lagen die Dinge auf dem Rindmarkt. Am Hammelmarkt gaben die Preise nach, da das Angebot ziemlich reichlich war.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42 - 48 (voriger Markt 42 - 46), b) 32 - 39 (30 - 38), c) 27 - 30 (26 - 29), d) 23 - 25 (22 - 25), Kälber: a) - (-), b) 78 - 86 (75 - 84); c) 70 - 82 (68 - 80), d) 45 - 65 (42 - 65), Schweine: (über 300 Pfund) 70 (62 - 65), b) (240 - 300 Pfund) 68 - 69 (63 - 64), c) (200 - 240 Pfund) 66 - 68 (62 - 64), d) (160 - 200 Pfund) 64 - 66 (59 - 62), e) (120 - 160 Pfund) 60 - 62 (55 - 57), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 60 - 61 (56 - 57).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 7. November 1930

Blätter aus einem indischen Tagebuch.^x

Von George Slocombe.

SPD. In einem niedrigen Häuschen im Schatten von Kokospalmen hörte ich drei Mädchen singen. Sie sangen ein Klagelied, das einst der letzte Herrscher von Lucknow in seinem Kerker gesungen hat, eine Melodie, wie sie allen Völkern eigen ist, die unter fremdes Joch gebeugt sind.

Im Zimmer war kein Licht ausser dem des abendlichen Himmels. Eine magere alte Frau in einem niedrigen Rohrstuhl, einem elfenbeinernen Gespenste gleich, lauschte schweigend dem Gesange. Die klagende Melodie erstarb langsam, und ganz unvermittelt stimmte das jüngste der Mädchen allein und wie aus dem Unterbewusstsein heraus das "Bande Mataram" an, jenes Nationallied, in dem man das Herz des wiedererwachenden Indien schlagen hören kann.

+ + +

Wäre der Hindu nicht durch seine moralischen Skrupel behindert, er hätte wohl einmal die Welt erobert, denn er übertrifft jede andere Rasse an Aufgewecktheit. Er erlernt alles mit erstaunlicher Raschheit: Sprachen, Naturwissenschaften, Künste, die Lenkung eines Automobils oder eines Aeroplans, ja, selbst die Sportgattungen, in denen sich die Engländer einst unüberwindlich dünkten. Die Hauptschwäche des Hindu ist seine Vergeistigung. Er glaubt an den Sieg des Guten über das Böse, während andere Rassen an den Sieg um ihrer selbst willen glauben.

Auch ein Mann, der stiehlt oder betrügt, meint einem mächtigen und fast religiösen Triebe zu gehorchen. Traurig beugt er sein Haupt unter einem unbesiegbaren Geschick, überzeugt, dass sowohl seine Sünde wie auch seine Strafe Befehle eines jener unergründlichen Wesen sind, durch die der zahllose Leben lebende Buddha seinen Willen offenbart.

+ + +

Die Inder kochen so, wie sie alles andere tun: mit unerschöpflicher Geduld, geschickt und verständig. Ein Gastronom muss die Vorurteile und Maßstäbe westlicher Kochkunst ablegen, wenn er diese verzauberten Gestade betritt. In dem engbegrenzten Bereich der indischen - streng vegetarischen - Küche können wir merkwürdige Harmonien des Geschmacks, des Aromas und der Farbe finden.

Der Fremde, der indische Speisen kostet, wird von mannigfachen neuen Empfindungen gleichsam seelisch und körperlich aus dem Gleichgewicht gebracht werden. Auch der schreckerregende Betel, der einen zuerst wie ein Rauschgift anmutet, wird für den Europäer zwar zuerst eine verwirrende Nachwirkung haben, sich aber bei näherer Bekanntschaft als ein mildes und stets wirksames Mittel erweisen, den Stoffwechsel anzuregen und die Denkfähigkeit zu fördern.

+ + +

Nichts auf der Welt kann den Hindu oder die Hindurasse vernichten, weder Hungersnot noch Krankheit, weder die Pestilenz noch die Fährlichkeiten des Krieges. Seine Rasse ist weder eine Rasse von Siegern noch von Besiegten. Unendlich stolz und unendlich geduldig sieht der Hindu unwandelbar die Sonne über Asien aufgehen. Eine magische und unbesiegbare Schicksalsmacht, ein stolzes Gedenken der Vergangenheit Indiens am Anfang aufdämmernder Menschheitsgeschichte, ein geheimes Bewusstsein der Verwandtschaft mit den Trägern der ersten menschlichen Kultur, machen aus dem Hindu zugleich den demütigsten und den stolzesten aller Erdensöhne.

Und die Stunde Indiens naht. Das ungeheure, unruhige Land stöhnt in seinem Schläfe. Eine weithin klagende Stimme macht sich vernehmbar, von den Hochpässen des Himalaya bis zu den erstorbenen Göttertempeln des Südens. Auf den Marktplätzen von Delhi, Lucknow, Agra, Cawnpore und all der Städte, deren Namen wie Flecke getrockneten Blutes sind im Buche der Geschichte, hebt ein Murmeln an. Ein Gemurmel von Stimmen des Gebetes, der Hoffnung, der Furcht und der Ueberzeugung, dass das Blatt des Buches der Geschichte sich endlich gewendet hat, und dass der Glanz Indiens nicht für ewig erloschen ist.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten).

Schiff in Seenot.^x

SPD. Vierzehn Fischkutter lagen im Hafen von Leegersiel an den Trossen. Vierundachtzig Augenpaare starrten von Zeit zu Zeit in den düsteren, wolkenverhangenen Himmel. Würde sich das Wetter aufklären, oder kam ein Sturm auf? So fragten sich zweiundvierzig Fischerleute. Brot und Erwerb hingen von der Gunst oder Ungunst des Wetters ab. Und die Fischzeit war nur kurz. Zu rasch war der Sommer dahin, und der Herbst brachte wilde Südwestwinde, die die Nordsee in einen kochenden Hexenkessel verwandelten. Dann schäumten die Springfluten in aufgepeitschten Brechern über den Deich; dann bogen sich die Pappeln, die den Eingang zum Fischerdorfe säumten, und der Wind heulte in klagenden Tönen durch die Löcher des Glockenturmes. Dann zeichnete die Angst scharfe Linien in die Gesichter der Fischerfrauen, und manche Hand wand sich zitternd im Gebet um den Ernährer, der draussen schutzlos der Gewalt der gierig brüllenden See preisgegeben war. Das Jahr brachte hier mehr Sturmächte als an anderen Stellen.

Klaas de Bur, der Eigner des Kutters "Saturn", warf noch einmal einen Blick nach oben. Dann rief er seinen beiden Mackern zu: "Makt de Lienen los; is halbe Tide!" Mit verwunderten Augen sahen die beiden jungen Leute ihren Schiffer an. Dann warfen sie schweigend die Trossen los. Klaas selbst warf den Roboelmotor an, und bald erbehte der kleine Kutter unter den Stössen der Maschine. Die anderen Fischer, die in Gruppen zusammen standen, wandten sich rasch um, als das Geräusch des Motors an ihre Ohren klang. Offensichtlich wollte Klaas ausfahren. Heino Stuck, der Besitzer des besten Kutters, sprang in grossen Schritten nach der Stelle, wo Klassens Fahrzeug lag, und rief den Schiffer an: "Hö, Klaas, wullt du utreisen?"

"Jo", tönte die knappe Antwort zurück.

"Blief binnen, Klaas", warnte der andere, "wi kriegt Storm." Aber Klaas de Bur zuckte nur die Achsel. Wusste denn Heino Stuck nicht, dass er eine kranke Frau zu Hause hatte, die teure Arznei brauchte, um zu gesunden? Er musste hinaus, wenn andere sich schonen konnten. Er musste Geld verdienen. Ein Hebeldruck liess die Schraube im Wasser heftig schlagen. Langsam glitt der Kutter aus dem Hafen, während die zurückgebliebenen Fischer ihm nachsahen. Es war halbe Flut, zwei Uhr nachmittags.

In stetiger Fahrt gegen die aufkommende Flut war der Kutter "Saturn" rasch an die Fanggründe gekommen. Klaas drosselte den Motor und liess den Hamen, das Schleppnetz, aussetzen. Der erste Streek begann. In dieser Zeit hatten die drei Fischer ein wenig Ruhe. Sie mussten warten, bis das Netz voll war. Klaas de Bur schickte seine beiden Helfer nach unten. Er selbst wollte oben auf den Hamen achten.

Mit halber Fahrt durchschnitt das kleine Fahrzeug die graugrüne See. Der Fischer hatte sich am Ruder niedergelassen und betrachtete von Zeit zu Zeit den dunkler werdenden Himmel. Schwere Wolkenbänke ballten sich dort oben zusammen. Die Nacht konnte Sturm bringen. Ein Blick auf das Schiffsbarometer bewies Klass,

dass das Wetterglas stetig fiel. Windstille trat ein. Dumpf klang das Geräusch des Motors über das weite Wasser.

Es war Zeit, das Netz einzuziehen. Klaas rief die Leute. Nach einiger Mühe war der Hamen gehoben. Die zappelnden Fische ergossen sich über das schmale Deck. Während der Hamen wieder ausgesetzt wurde, machten sich die drei Männer daran, den Fang unter Deck zu bringen. Jetzt war keine Zeit übrig. Ein Streek nach dem andern wurde gemacht, und jeder brachte reiche Beute. Wortlang verrichteten die Fischer ihre Arbeit. Das Steuer hatte Klaas angebunden, sodass der Kutter stets gleichen Kurs fuhr. Sie fischten längs der Küste von Friesland.

Die Dunkelheit war längst eingebrochen, als Klaas de Bur das Fischen einstellte. Er hatte seine Reise. An zweihundert Korb lagen unter Deck. Der Motor sang wieder sein volles Lied, als der Kutter eine knappe Wendung beschrieb, um heimwärts zu steuern. Ein leiser Wind kam von der Küste her auf. An dem kahlen Maste des Fischkutters hing das feuchte Netz zum Trocknen. In der leichten Brise klatschte es gespenstisch an den nackten Mast hin und her. Kein Lichtschimmer drang über die dunkle See. Klaas musste sich auf die wenigen Sterne, die spärlich am Himmel schimmerten, und auf sein Orientierungsvermögen verlassen, um den Weg zum Hafen zu finden. Als die Fischer etwa zwei Stunden gefahren waren, setzte Regen ein. Die Brise hatte sich bedeutend verstärkt. Ab und zu wuchs der Wind zur Bö. Dann peitschte der Regen fast wagerecht in die Gesichter der Seeleute, die längst den dicken Oelrock übergezogen hatten. Die anfangs glatte See hatte ein anderes Gesicht bekommen. Weisse Schaumkronen bedeckten ringsum das Meer. Der Kutter musste seinen Bug oft in die See bohren; so diesig war der Wind schon geworden. Klaas liess das Netz einholen, denn trocken konnte es bei dem Regen doch nicht. Die Luken hatte er bereits festzurren lassen, konnte doch leicht ein überkommender Brecher die Deckel mitnehmen. So steuerte Klaas de Bur mit sturmklarem Kutter auf Leegersiel zu.

Mehrere Stunden waren vergangen. Noch immer sang der Oelmotor sein Lied in den Sturmwind hinein. Vom Hafen war nicht das Geringste zu sehen. Da merkte Klaas, dass er die Orientierung verloren hatte. Er hätte längst daheim sein müssen. Mit wenigen Worten verständigte er seine Leute. Jan, der ältere der beiden Gehilfen, nahm aus dem Nachthaus die Raketépistole und liess einen roten Stern in den nächtlichen Himmel zischen. Gespannt durchdrangen die Blicke der drei Fischer das Dunkel. Doch von der Küste war nichts zu sehen. Kein Lichtzeichen deutete darauf hin, dass ihr Signal wahrgenommen wurde. Noch eine Rakete verlöschte im Dunkel. Wieder nichts. Da entschloss sich Klaas de Bur, einen anderen Kurs zu nehmen. Er wusste, sie würden bei bleibendem Kurs auf die Sandbänke kommen und stranden. Lieber wollte er den Sturm draussen über sich ergehen lassen, als sein Schiff auf das Watt zu setzen. Doch vergeblich bemühte sich der Fischer, das Schiff herumzureissen. Der Wind hatte sich gedreht und trieb das kleine Fahrzeug im Verein mit der Flut der Küste zu. Da liess sich Klaas treiben. Von Zeit zu Zeit lotete Jan mit der langen Kursstange die Wassertiefe, denn bei geeignetem Grund wollte Klaas den Sturmanker auswerfen. Den Motor hatten die Fischer völlig abgedrosselt. Der Kutter jagte unter dem gewaltigen Druck des Sturmes wie rasend dahin. Klaas liess die Schwimmwesten anlegen. Er selbst band sich am Ruderholmen fest. Mit unwiderstehlicher Gewalt trieb das kleine Schiff auf die der Küste vorgelagerten Bänke. Schwere Brecher klatschten über die Back. Die Fischer waren in steter Gefahr, über Bord gespült zu werden. Klaas de Bur gab sich und sein Schiff verloren....

Mitternacht war vorüber. Immer noch trieb der Kutter "Saturn" vor der Küste entlang. Mit unverminderter Stärke heulte der Südwest über die kochende See dahin. Aber der Kutter bot den Gewalten Trotz. Noch stand Klaas de Bur angebunden am Ruder. Die beiden Jungen waren im Nachthaus. Plötzlich gewahrte Klaas am Horizont einen Lichtschimmer. Im Nu verschwand der Schein wieder. Mit weitgeöffneten Augen starrte der Fischer in die Dunkelheit. Da... jetzt wieder das Blitzen. Das konnte nur ein Leuchfeuer sein. Jetzt blinkte das Feuer wieder. Erregt riss Klaas seine Uhr heraus. Er zählte gierig die Sekunden, in denen

das Feuer nicht blinkte. Danach konnte es nur der Feuerturm von Brassmersiel sein. Sollten sie denn soweit abgetrieben sein? ...Mit heiserer Stimme schrie der Fischer: "Ja... Jan...kumm rut!" Mehrmals musste er schreien. Der Sturm verlöschte die wilden Rufe fast in seinem Munde. Endlich hatte der Gehilfe den Schrei seines Schiffers vernommen. Rasch verständigte Klaas ihn, und sofort erschien Jan mit der Leuchtpistole wieder an Deck. Rakete um Rakete stieg rot zischend empor. Jetzt nur nicht abgetrieben werden, dachte Klaas. Mit unmenschlicher Kraft drückte er das Ruder immer wieder herum. Das Blinkfeuer war sein Ziel. Da..stieg an der Küste ein roter Stern hoch. Man hatte sie entdeckt. Noch ein Stern und noch einer. Die Leute würden kommen. Die Glocke heraus! Läuten!.. Noch eine Rakete steigen lassen!...Zitternd vor Aufregung feuerte Jan die Pistole ab. Dann schlug er wie wahnsinnig die Glocke.

Nach einer halben Stunde tauchte aus dem Dunkel der Umriss eines grossen Motorrettungsschiffes auf. Minutenlang harte Arbeit; dann lag der Kutter im Schlepp des Rettungsbootes. Und nach schwerer Fahrt durch die Küstenbrandung gelangten die beiden Schiffe in den schützenden Hafen von Brassmersiel. Klaas de Bur hatte über den "blanken Hans" triumphiert.

Heinz Jacobs.

Ein grosser "Boab".^x

Von unserm ägyptischen Korrespondenten.

SPD. Die "Boabs" sind die Kaste der Türhüter in Aegypten, meistens Nubier, die ihre Ahnen in dem Könige Schechong von Napata und der Königin Canadaca von Meroe erblicken. Als Portiers der grossen, mittleren und kleinen ägyptischen Hotels, als Hausmeister von Privaten und als Türhüter der Magazine legen sie sich Jahr für Jahr ihre geringen, meist aus Trinkgeldern bestehenden Ersparnisse auf die Seite, um in ihren alten Tagen aufs Land zu ziehen und sich ihren Kohl selber anzubauen oder die sandigen Eilande des Nils zu bestellen. Sehr selten begegnet der Aegypten besuchende Fremde in diesem Berufszweige einem Sudanese. Solch ein sudanesischer Boab hütet heute das Haus eines vornehmen Aegypters im Abdin-Viertel in Kairo, ein Hundertjähriger, der mit seiner Frau und seinen Kindern geistig und körperlich völlig gesund und ausserordentlich rüstig lebt und prompt die ihm erteilten Befehle der "sittis" und "hawagas" (Damen und Herren des Hauses) ausführt. Die landesübliche lange "keleben", das schwarze, alles verhüllende Kleidungsstück, und der auf dem Haupte thronende ungeheure "charik" (Turban) geben dem Alten das majestätische Aussehen eines Derwischs. Sein wallender, nie beschnittener Bart ist meerschamweiss, und umrahmt würdig das schwarze Gesicht. Aber weder das erreichte Alter noch die erhabene Gestalt oder gar seine sudanesishe Herkunft sind Ursache, dass sich die Mitwelt mit dem Boab befasst. Raffai Hassan hat vielmehr eine ganz besondere Rolle in der Bewegung und Religion des Islams gespielt, die unter ihren Opfern zahlreiche hervorragende Engländer, wie Gordon und Hicks, zählt.

Der Alte erzählt gern von seinen Erlebnissen und Erinnerungen, die übrigens den Einheimischen nicht mehr unbekannt sind. Im Geiste ziehen an Raffai Hassan die Kämpfer vorüber, die 1865 zwischen Sudanese und den "Abtrünnigen", wie er Türken und Aegypten nennt, tobten, die mit dem Sudan Missbrauch trieben, und wenig genau die Befehle des Korans befolgten. Darüber hinaus besitzt der Hundertjährige gewisse Kenntnisse der Geschichte des Islams und sogar eigene philosophische Prinzipien, bei deren Vortrag sein unbewegliches Antlitz, scheinbar aus Stein gehauen, den Nimbus eines "maalmi", eines Professors, annimmt. Besonders Erinnerungen aus seinen Jugendtagen gibt er gern zum besten.

Raffai Hassan war in den Zwanzigern ein weit und breit bekannter, berüchtigter Sklavenhändler. Seine Streif- und Schmuggelzüge zeugten von einer unver-

das Feuer nicht blinkte. Danach konnte es nur der Feuerturm von Brassmersiel sein. Sollten sie denn soweit abgetrieben sein? ...Mit heiserer Stimme schrie der Fischer: "Ja... Jan...kumm rut!" Mehrmals musste er schreien. Der Sturm verlöschte die wilden Rufe fast in seinem Munde. Endlich hatte der Gehilfe den Schrei seines Schiffers vernommen. Rasch verständigte Klaas ihn, und sofort erschien Jan mit der Leuchtpistole wieder an Deck. Rakete um Rakete stieg rotzischend empor. Jetzt nur nicht abgetrieben werden, dachte Klaas. Mit unmenschlicher Kraft drückte er das Ruder immer wieder herum. Das Blinkfeuer war sein Ziel. Da..stieg an der Küste ein roter Stern hoch. Man hatte sie entdeckt. Noch ein Stern und noch einer. Die Leute würden kommen. Die Glocke heraus! Läuten!.. Noch eine Rakete steigen lassen!...Zitternd vor Aufregung feuerte Jan die Pistole ab. Dann schlug er wie wahnsinnig die Glocke.

Nach einer halben Stunde tauchte aus dem Dunkel der Umriss eines grossen Motorrettungsschiffes auf. Minutenlang harte Arbeit; dann lag der Kutter im Schlepp des Rettungsbootes. Und nach schwerer Fahrt durch die Küstenbrandung gelangten die beiden Schiffe in den schützenden Hafen von Brassmersiel. Klaas de Bur hatte über den "blanken Hans" triumphiert.

Heinz Jacobs.

Ein grosser "Boab".^x

Von unserm ägyptischen Korrespondenten.

SPD. Die "Boabs" sind die Kaste der Türhüter in Aegypten, meistens Nubier, die ihre Ahnen in dem Könige Schechong von Napata und der Königin Canadaca von Meroe erblicken. Als Portiers der grossen, mittleren und kleinen ägyptischen Hotels, als Hausmeister von Privaten und als Türhüter der Magazine legen sie sich Jahr für Jahr ihre geringen, meist aus Trinkgeldern bestehenden Ersparnisse auf die Seite, um in ihren alten Tagen aufs Land zu ziehen und sich ihren Kohl selber anzubauen oder die sandigen Eilande des Nils zu bestellen. Sehr selten begegnet der Aegypten besuchende Fremde in diesem Berufszweige einem Sudanese. Solch ein sudanesischer Boab hütet heute das Haus eines vornehmen Aegypters im Abdin-Viertel in Kairo, ein Hundertjähriger, der mit seiner Frau und seinen Kindern geistig und körperlich völlig gesund und ausserordentlich rüstig lebt und prompt die ihm erteilten Befehle der "sittis" und "hawagas" (Damen und Herren des Hauses) ausführt. Die landesübliche lange "keleben", das schwarze, alles verhüllende Kleidungsstück, und der auf dem Haupte thronende ungeheure "charik" (Turban) geben dem Alten das majestätische Aussehen eines Derwischs. Sein wallender, nie beschnittener Bart ist meerschamweiss und umrahmt würdig das schwarze Gesicht. Aber weder das erreichte Alter noch die erhabene Gestalt oder gar seine sudanesishe Herkunft sind Ursache, dass sich die Mitwelt mit dem Boab befasst. Raffai Hassan hat vielmehr eine ganz besondere Rolle in der Bewegung und Religion des Islams gespielt, die unter ihren Opfern zahlreiche hervorragende Engländer, wie Gordon und Hicks, zählt.

Der Alte erzählt gern von seinen Erlebnissen und Erinnerungen, die übrigens den Einheimischen nicht mehr unbekannt sind. Im Geiste ziehen an Raffai Hassan die Kämpfer vorüber, die 1865 zwischen Sudanese und den "Abtrünnigen", wie er Türken und Aegypter nennt, tobten, die mit dem Sudan Missbrauch trieben und wenig genau die Befehle des Korans befolgten. Darüber hinaus besitzt der Hundertjährige gewisse Kenntnisse der Geschichte des Islams und sogar eigene philosophische Prinzipien, bei deren Vortrag sein unbewegliches Antlitz, scheinbar aus Stein gehauen, den Nimbus eines "maalmi", eines "rofessors, annimmt. Besonders Erinnerungen aus seinen Jugendtagen gibt er gern zum besten.

Raffai Hassan war in den Zwanzigern ein weit und breit bekannter, berühmter Sklavenhändler. Seine Streif- und Schmuggelzüge zeugten von einer unver-

gleichlichen Verschlagenheit und Tollkühnheit. Doch die Maghdi-Revolution liess ihn sein Gewerbe aufgeben, um als einfacher Soldat in die "Armee der Gläubigen" einzutreten. Da er von seinen Schmuggelzügen her sehr genau die Handhabung der Waffe kannte, rückte Raffai sehr bald zum Chef einer Bande auf, die der Alte heute als "Armeekorps" qualifiziert. In vollster Mannesblüte warf plötzlich die Gicht den Häuptling aufs Krankenlager, und ein Zusammenbruch der eigenen Bewegung liess Raffai für kurze Zeit aus der aktiven Bandentätigkeit verschwinden.

Damals unterrichtete ein sehr frommer Mann namens Maghdi die Weisheiten des Korans. Auch böse Geister trieb er aus und verkaufte wundertätige Talismane. Der Zulauf der gläubigen Muselmanen zu Maghdi war so gross, dass Maghdi bald eine beachtenswerte Anhängerschaft besass, die glücklich war, ihrem Lehrer die Hand küssen zu dürfen. Eines Tages nun erzählte ihm einer seiner Anhänger wutentbrannt, ein Türke aus der Stadt Sindi habe seinen Sohn geraubt, um ihn seinen persönlichen Lüsten gefügig zu machen. Die Empörung des Maghdi hierüber kannte keine Grenzen. Angestellte Untersuchungen belehrten ihn, dass diese wider natürliche Art der Liebe bei den Türken gang und gäbe war. In höchster Erregung verkündete Maghdi seinen versammelten Anhängern, dass Gott ihm im Traume erschienen sei und ihm folgende Worte gesagt habe: "Deine Stunde, Mohammed, ist kommen. Erhebe dich und strafe deine Gegner und die Abtrünnigen!" Maghdi wohnte auf einer Nilinsel, gegenüber der Stadt Khartoum, an der Stelle, wo er in späteren Jahren seine Hauptstadt Omdorman errichtete. Er befahl einigen seiner Anhänger, ihm sofort die türkischen Beamten aus Khartoum, die hier den Generalgouverneur der Hohen Pforte vertraten, vorzuführen. Da diese der eigenartigen Vorladung nicht Folge leisten wollten, wurden sie - fünf an der Zahl - mit Gewalt vorgeführt. Der Maghdi liess vier von ihnen enthaupten und entsandte den fünften zum Generalgouverneur, um diesen von den Vorgängen in Kenntnis zu setzen. Der Gouverneur setzte sofort tausend Soldaten, die bis an die Zähne bewaffnet waren, in Marsch, um den Maghdi gefangen zu nehmen. Obgleich die Sudanesen keine Waffen trugen, waren sie doch so stark, dass es ihnen trotz ihrer grossen Verluste gelang, sämtliche Türken gefangen zu nehmen, zu massakrieren und ihnen Gewehre und Munition fortzunehmen. Beim Empfang dieser Kunde stellte der Generalgouverneur sofort eine starke Armee zusammen. Maghdi erklärte jedoch, dass er vom Propheten geschickt sei, die Abfälligen und Glaubensabtrünnigen, also Türken und Aegypter, zu bestrafen, und erreichte hierdurch, dass der ganze Sudan sich um sein Banner scharte. Durch die riesige Uebermacht wurde die Armee des Generalgouverneurs geschlagen und völlig aufgerieben, und der neuerrungene Sieg festigte den Mut der Sudanesen und das Ansehen ihres Chefs.

"Ich war damals", so erzählt Raffai Hassan, "Chef eines Armeekorps. Der Maghdi erhielt so viel Gold und Silber, wie er nur haben wollte, da jedermann ihm im Interesse der heiligen Sache seine gesamten Ersparnisse zu Füssen legte. Auch ich erhielt Geld, soviel ich wollte, und ohne dass der Maghdi es nachzählte, der sehr wohl wusste, dass ich mit meiner Truppe ein ausserordentlich wichtiges Instrument zur Erreichung seiner Ziele war. Dabei flohen bei jedem Einfall Maghdis die türkischen Beamten, die mit Recht für ihr Leben fürchteten. Nur ein einziger war geblieben, Slatin Pascha, ein im Dienste der Engländer stehender Oesterreicher, der nach den Siegen Kitcheners ein Buch unter dem Titel "Durch Eisen und Feuer im Sudan" veröffentlicht hat. Der Lord of Khartoum konnte Slatin nicht leiden, weil er ihm seine Abstammung nicht verzeihen konnte. Trotzdem Slatin nach Wien zurückgekehrt war und sich dort verheiratet hatte, tauchte er plötzlich wieder in Afrika auf, liess sich bei mir melden und bat mich, ihn in das Heer des Maghdi aufzunehmen, da er ohne die Romantik des Orients nicht mehr leben konnte. Ich erwiderte ihm, als ich seinen Fanatismus erkannte, dass er in diesem Falle zum Islam übertreten müsste. Das versprach er auch. Der Maghdi gab Auftrag, Slatin in der Lehre des Propheten zu unterrichten. Vor einer riesigen Gläubigen- und Anhängermenge sagte sich der Oesterreicher mit Flüchen vom Christentum los und wiederholte die Glaubensformel, mit

der er in die Reihen des Islam aufgenommen wurde. In seinen freien Stunden studierte er eifrig den Koran und verrichtete auch zeitgerecht seine "namasz", seine Gebete, um so ein guter Muselmane zu werden. Nur so konnte Slatin Pascha die Katastrophe Gordon's überleben und sich in der Folgezeit mit dem Heere nach Targnessi zurückziehen". --An diese Tage der Macht und des Ansehens denkt Raffai Bassan mit Wehmut zurück.

Genau so, wie der heute Hundertjährige die Sprossen der Lebensleiter nach oben bewältigte, ging es nach dem Gipfelpunkte bergab mit ihm. Heute ist Raffai Boab, Portier; seine Lebensweisheit besteht in dem Bekenntnis, dass die praktische Schule des Lebens und die Erfahrungen des Alltags eine bedeutend wertvollere Erkenntnis der Dinge lehren als alle oberflächlichen Unterweisungen der Schulbank und des Lehrers. --

Können Sie rechnen?^X

SPD. Wir sassen eines Abends zusammen und langweilten uns. Da fragte Müller, wer von uns besonders gut rechnen könnte. Wir andern drei lächelten Müller mitleidig an, weil wir uns bessere Rechner dünkten als er. "Nun", sagte Müller, "einer von Euch soll auf dieses Papierblatt eine vierstellige Zahl schreiben."

Lehmann schrieb lächelnd: 2980.

"Jetzt werde ich", fuhr Müller fort, auf diesen zweiten Papierstreifen die Summe schreiben, die herauskommen muss, wenn zwei von Euch unter die erste Zahl eine weitere vierstellige Zahl schreiben und ich ebenfalls zwei beliebige vierstellige Zahlen dazufügen darf!" Er schrieb auf sein zweites Papierblatt eine Zahl und legte das Blatt auf den Tisch. Nun schrieb Meier unter jene erste Zahl 6137; dann schrieb wieder Müller; dann kam ich an die Reihe, zuletzt wieder Müller, und am Schlusse sah die Rechnung so aus:

Lehmann: 2980

Meier: 6137

Müller: 3862

Ich: 4551

Müller: 5448

Das Ergebnis war 22.978. Wir blickten auf den Zettel, den Müller auf den Tisch gelegt hatte. Darauf stand: 22.978. Müller hatte also richtig prophezeit. Wir zerbrachen uns lange den Kopf, wie die Rechnung zustande gekommen sein konnte. Endlich kamen wir darauf. Lehmann hatte zuerst 2980 aufgeschrieben. Müller hatte von dieser Summe 2 abgezogen, sodass 2978 blieben. Dieser neuen Summe hatte er die 2 vorangestellt, sodass die Zahl nun 22.978 lautete. Diese Zahl schrieb er auf seinen zweiten Zettel. Meier schrieb 6137. Müller setzte eine scheinbar gleichgültige Zahl darunter; in Wirklichkeit setzte er aber die Differenz darunter, die die letzte vorangegangene Zahl zu 9999 ergänzte, also 3862. Denn: 6137 und 3862 ergeben 9999.

Ich schrieb unter Müllers Zahl eine beliebige andere vierstellige Zahl, nämlich 4551, und als Müller wieder eine scheinbar gleichgültige Zahl darunter setzte, war es wieder nur eine Ergänzung zu 9999, denn $4551 + 5448 = 9999$.

Als das Ganze dann zusammengestellt wurde, ergab sich die Zahl 22.978. Das Kunststück wirkt sehr verblüffend und wird auch, wenn man recht sicher und scheinbar ganz gleichgültig arbeitet, überall beträchtliches Erstaunen wecken. Man kann dieses Experiment mit ganz beliebigen Zahlen wer weiss wie oft wiederholen.

Balthasar.

Herbstmorgen.

SPD. Ueber die Ebene bindet die Sonne Lichtbänder zu wirren Strahlenknäuel. Aus der Ferne kam der Tag ins Land. Mühsam stapfte er durch die Morgennebel, zerriss ihre Schleier; lose flattern sie ihm nach, bis die Sonne ihre Fetzen verbrennt, zu Mittag, wenn ihr Gesicht wieder Glut ist, späte rote Glut.

Kühler Wind streicht über silbrige Gräser, rührt an vertrockneten Blättern. Sie schwelen wie duftiges Holz in dieser letzten Glut. Dann brechen sie ab, wenn sie müde sind, krümmen sich im Schmerz, ehe sie zum Staube niederkehren und in schmutzige Winkel treiben. Die Menschen sprechen dann vom Sterben und lassen die Köpfe hängen, wenn die dichten Novembernebel mit kaltem Atem durch die Strasse gehen. Wenn Busch und Baum versinken und graue Wolken über die Heide ziehen. Sie lernen nichts, die Menschen. Er sagt ihnen denn, dass es immer so war? Wer erzählt ihnen etwas anderes vom Winter als von einem langweiligen Gesellen? Wer hilft ihnen, sich zu freuen, wenn alles ringsum traurig ist? Niemand!

Das ist traurig, viel trauriger als vergilbtes Laub und tote Heide. Brauchen wir nur immer Blumenduft und Vogelzwitschern zum Wandern? Und Sonne und blauen Himmel? Den Wind um die Nase pfeifen lassen, trotzig durch die Wetter gehen, querfeldein, irgendwohin, das ist gesünder. Nicht warten, bis es wieder Frühling wird und das "grosse Sterben" vorüber ist. Wir haben keine Zeit zu mässiger Trauer um Dinge, die verloren gehen, um wieder gewonnen zu werden. Wir haben keine Zeit zum Sterben. Wir stehen mitten im Leben, hart und starr, von der Wintersonne kaltem Glanz beschienen. Wir kennen den Sturm von altersher, sind seine Kinder. Was sollen wir uns fürchten, wenn seine Stimme rauh ist und grib! Wir kennen sie doch. Kampf in der Natur, Kampf im Leben, ein ewiges Gesetz. Wer die Tage vertrauert, gehört nicht in unsre Zeit.

Das ist unser Herbst: Der Weg von gewonnenem Lande durch Sturm und winterliches Feld zu neuer fruchtragender Erde.

Lichtbänder bindet die Sonne über die Ebene....

O.F. Heinrich.

SPD. Politische Hunde.^x Diese Geschichte trug sich in New York zu. Einige Tage vor den letzten Wahlen verkaufte ein Negerjunge auf der Strasse kleine Hunde, die erst wenige Tage alt waren. Jedes Hundebaby trug um den Hals eine Schleife in den Farben einer politischen Partei. Da gab es "Republikaner", "Demokraten" und "Sozialisten". Die Passanten lachten. Aber ihr Erstaunen war gross, als sie feststellten, dass am Wahltage sämtliche Tiere ohne Ausnahme die Farbe der Sozialisten trugen. "Aber lieber Freund", sagte ein demokratischer Wähler, "ich erinnere mich, dass die Tiere vor drei Tagen noch zum Teil Demokraten waren..." Der Negerjunge grinste, strich die roten Schleifen zurecht und erwiderte: "Stimmt, Master. Aber gestern sind ihnen die Augen aufgegangen..."

SPD. Das Gericht lässt sich nicht beleidigen.^x Im Korridor eines oberösterreichischen Bezirksgerichtes war auf einem Anschlag zu lesen: Ehrenbeleidigungen werden nur Dienstag und Donnerstags von 10 - 12 Uhr vormittags entgegengenommen. Der Gerichtsvorsteher.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 7. November 1930.

Nach einer Geschäftsordnungs-Debatte wurde dem Antrag Baumhoff (Ztr.) entsprochen, die zur Errichtung von pädagogischen Akademien vorliegenden Anträge von der Tagesordnung abzusetzen, weil das Zentrum dazu noch Stellung nehmen wolle. Diese Anträge werden voraussichtlich am kommenden Mittwoch oder Donnerstag beraten.

Das Haus begann dann die zweite Beratung der Durchführungs-Bestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Erhebung der Gemeindebier-, Getränke- und Bürgersteuer.

Abg. Szillat (Soz.) berichtete über die Ausschussberatungen. Der Ausschuss hat vor allem die Muss-Vorschrift zur Einführung der Gemeindebier- und Bürgersteuer für den Fall, dass die Einführung zum Ausgleich des Gemeinde-Haushalts erforderlich sei, in eine Kann-Vorschrift abgeschwächt. Weiter wurde die Einführung der neuen Steuern an die Voraussetzungen geknüpft, dass in der betreffenden Gemeinde mehr als 350% von der Grundvermögens-, oder mehr als 600% nach der Gewerbe-Ertrags- oder mehr als 1800% nach der Lohnsummen-Steuer erhoben werden. In Fällen beabsichtigter Einführung der Gemeinde-Getränkesteuer soll der Landwirtschaftsminister gehört werden.

In der Aussprache trug Abg. Dr. v. Kries (Dnat.) die Bedenken seiner Fraktion gegen die neuen Verbrauchssteuern vor und forderte, dass der Finanzminister die Stellungnahme der Staatsregierung zu dem Finanz- und Steuerprogramm der Reichsregierung eingehend darlege. Das Arbeitsbeschaffungs-Programm der preussischen Regierung sei an sich zu begrüßen. Bedenklich seien aber die neuen gesetzgeberischen Absichten auf dem Gebiete der Arbeitszeit-Einschränkung. Anstelle eines neunten Schuljahres sollte man lieber ein Arbeitsdienstjahr im 18. oder 19. Lebensjahr einführen. Vor allem müsse man endlich das Reparationsproblem energisch anpacken. Wenn die Deutschnationalen Änderungsanträge keine Mehrheit fänden, werde die Fraktion die Vorlage ablehnen.

Abg. Kölges (Ztr.) erklärte, dass bei der Anspannung der Gemeindefinanzen neue Realsteuern nicht in Frage kämen. Die Biersteuer vertrage noch am ehesten eine Erhöhung. Eine soziale Staffelung der Bürgersteuer würde das Zentrum begrüßen. Zu wünschen sei, dass die Gemeindegetränkesteuer möglichst wenig eingeführt werde, zumal sie grosse Möglichkeiten der Korruption in sich berge. Erfreulich sei, dass mit der Vorlage der Anfang einer Entlastung von den Realsteuern gemacht werde.

Abg. Oberdörster (Komm.) erklärte, die Vorlage beweise, dass die Preussenregierung und ihre Koalitionsparteien eine durchaus zuverlässige Hilfstuppe der Hungerregierung Brüning seien. Alle aus den Reparationen erwachsenden Lasten würden der Arbeiterschaft aufgebürdet. Auf den "Schwindel des Preisabbaus" werde die Arbeiterschaft nicht hineinfallen.

Abg. Dr. Neumann (DVP) verlangte angesichts des zu erwartenden Fehlbetrages in den Gemeindehaushalten, dass den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werde, Zuschläge zur Bürgersteuer zu erheben. Bei der Besteuerung von Bier und Getränken sei das Höchstmass erreicht. Die Belastung des gesamten Verbrauchs in den Gaststätten würde auch die Lage der Winzer noch schwieriger gestalten. Die Bürgersteuer müsse organisch mit der Einkommensteuer verbunden werden, dann würde auch das Gerede von der Negersteuer aufhören. Die Gemeinden brauchten eine direkte Steuer, die an jeden die Verantwortung für die beschlossenen Steuern heranbringe. Die Deutsche Volkspartei begrüsse die Bürgersteuer als Erziehungsmittel zur Sparsamkeit.

Abg. Müller-Isernhagen (Christl. Nat. Bauernpartei) stimmte der Bürgersteuer

und der Biersteuer zu, da seine Freunde sich durch die Einführung dieser Steuern eine Senkung der Realsteuern versprochen. Die Gemeindegetränksteuer sei weniger sympathisch, da ihre Erhebung mit grösseren Unkosten verbunden sei. Auch werde ihre Einführung durch die zu erwartende Verminderung des Weinabsetzes für die Winzer von grösstem Nachteil sein. Auch dieser Redner begrüsst die Bürgersteuer als Erziehungsmittel zur Verantwortung. Die Not der Gemeinden rechtfertige den Erlass der Notverordnung des Reichspräsidenten.

Abg. Donners (W.P.) meinte, finanziell stände alles Kopf in Reich und Gemeinden, und aus dem Dalles komme man überhaupt nicht mehr heraus. Auch die hier vorgelegten drei neuen Steuern decken höchstens zwei Drittel des kommunalen Fehlbedarfs. Die Oberbürgermeister hätten sich Theater- und Stadien gebaut, ohne an das Sparen für Notzeiten zu denken. Zu den vorliegenden Gesetzen kündigte er Aenderungs-Anträge an.

Nachdem Abg. Dr. v. Kries (Dnat.) noch bedauert hatte, dass der Finanzminister nicht das Wort ergriffen habe, wurde die Aussprache geschlossen.

Die Abstimmungen in zweiter Lesung sollen am Mittwoch stattfinden.

Um 15 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Dritte Beratung der Steuergesetze und Uranträge über Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft.
